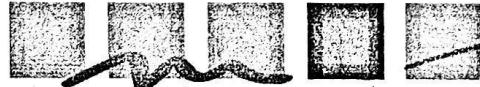


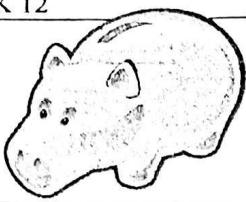
Städtische Berufsschule für Informationstechnik München

Sozialkunde 12

Dressler (Dr)

**BS Info
München**





Wirtschaftliche Haushaltsführung Bedürfnisse und Bedarf

Endlich, eigenes Geld! Aber reicht es auch?

Situation: Franca Conti hat es geschafft. Sie hat eine Ausbildung zur Systemelektronikerin bei der Landeshauptstadt München angefangen. Endlich finanziell unabhängig von den Eltern. Sie erzählt ihrer Freundin von ihren Wünschen: Hosenanzug und T-Shirts (200,00 €), I - Pod (450,00 €), Mountainbike (790,00 €). Am liebsten würde sie auch noch in eine eigene Wohnung ziehen. Die Freundin hat Bedenken: „Hast du dir überhaupt schon einmal Gedanken gemacht, ob deine Ausbildungsvergütung für die geplanten Anschaffungen ausreicht?“

Aufgabe:

Welche der genannten Wünsche könnte Franca nach einem, zwei oder drei Monaten verwirklichen?

Gehen Sie bei Ihrer Analyse der Finanzsituation von folgenden Angaben (jeweils monatlich) aus.
Unterstellen Sie, dass Franca ihre Wünsche in der oben angeführten Reihenfolge realisieren möchte.

- Ausbildungsvergütung	600,00 €
- Abzüge für Sozialversicherungsbeiträge	130,00 € * vom Vergütung abziehen, diese feste Ausgabe!
- an die Eltern zu zahlendes Haushaltsgeld	100,00 €
- Ausgaben für Freizeitaktivitäten	150,00 €
- bisherige Ersparnisse	500,00 €



Lösungsschema:

	1. Monat	2. Monat	3. Monat
Sparguthaben am Monatsanfang	500	70 (520)	290 (540)
Einnahmen	600 - 130 *	600 - 130	600 - 130
- feste Ausgaben	380 - 130	380 - 130	380 - 130
Überschuss (+) = Sparen oder Defizit (-) = Sparguthaben auflösen	220	220	220
Sparguthaben am Monatsende (finanzielle Mittel)	720	290 (740)	510
Wünsche (Bedürfnisse)	1460	790 (600)	790
Mögliche Anschaffungen (Bedarf)	650 (200)	/ (450)	/

Vom Bedürfnis zur Nachfrage

Wie entstehen Bedürfnisse?

- durch längeres Leben z.B. Durst → physiologische Bedürfnisse
- durch Wahrung → Indirekte Vernekt Bedürfnisse, die man eigentlich gar nicht hat, zu weichen
Disp.: Strom → Stolzgrätze
- durch das soziale Umfeld → Freunde, Familie

Bedürfnis = Empfinden eines Mangels mit dem Bestreben, diesen Mangel zu beseitigen. Der Mensch wird aktiv.

Doch knappe Ressourcen stehen unbegrenzten Bedürfnissen entgegen.
Darum sind nicht alle Bedürfnisse erfüllbar.

Frage: Was möchte ich haben?
Sie zusammen den Menschen zum Wirtschaften um die Bedürfnisse stillen zu können.

Bedarf = Ist der Teil der Bedürfnisse, den der Mensch mit dem Ihm zur Verfügung stehenden Mitteln befriedigen will und kann. (Mit Geld versehenes Bedürfnis)

Frage: Was kann ich mir leisten?

Nachfrage = ist der Teil des Bedarfs, den der Mensch mit seinen Mitteln tatkräftig am Markt befriedigt, d.h. Nachfrage liegt vor, wenn der Bedarf am Markt wirksam wird. (d.h. Kaufhandlung wird durchgeführt)

Frage: Was leiste ich mir?

Die Bedürfnisse des Menschen sind unbegrenzt und wandelbar, können alles umfassen und es fehlen häufig die Mittel zur Befriedigung.

Bedürfnisse:Eigenschaften von Bedürfnissen:

- Unbegrenzt

„Ein jeder Wunsch, wenn er erfüllt, kriegt augenblicklich Junge.“ (Wilhelm Busch)

Welche Bedeutung hat diese Aussage? Welches Phänomen steht hinter dieser Aussage?
Wenn Sie eine Million im Lotto gewinnen würden könnten Sie sich
einen Porsche kaufen und ein Haus bauen. Aber dann hätten Sie vielleicht
neue Wünsche. z.B. private Fliegzeug, eigene Firma etc. Aut Auto → dann Haus

- individuell verschieden

Jeder Mensch hat andere Interessen, jeder Mensch ist ein Individuum.
Einer mag Sport oder Musiken gehen, der andere nicht.

- Wandelbar

Im Laufe eines Lebens andere Interessen. Bsp.: Vor der Ausbildung
andere Interessen als nach der Ausbildung → vorher abend weg gehen,
Freunde treffen etc. → später stärker berufsbezogene Interessen

- Verschiedene Dringlichkeit

Zuerst Existenzbedürfnisse, dann Luxus etc. / Erst Wohnung dann schönere
Leibes.

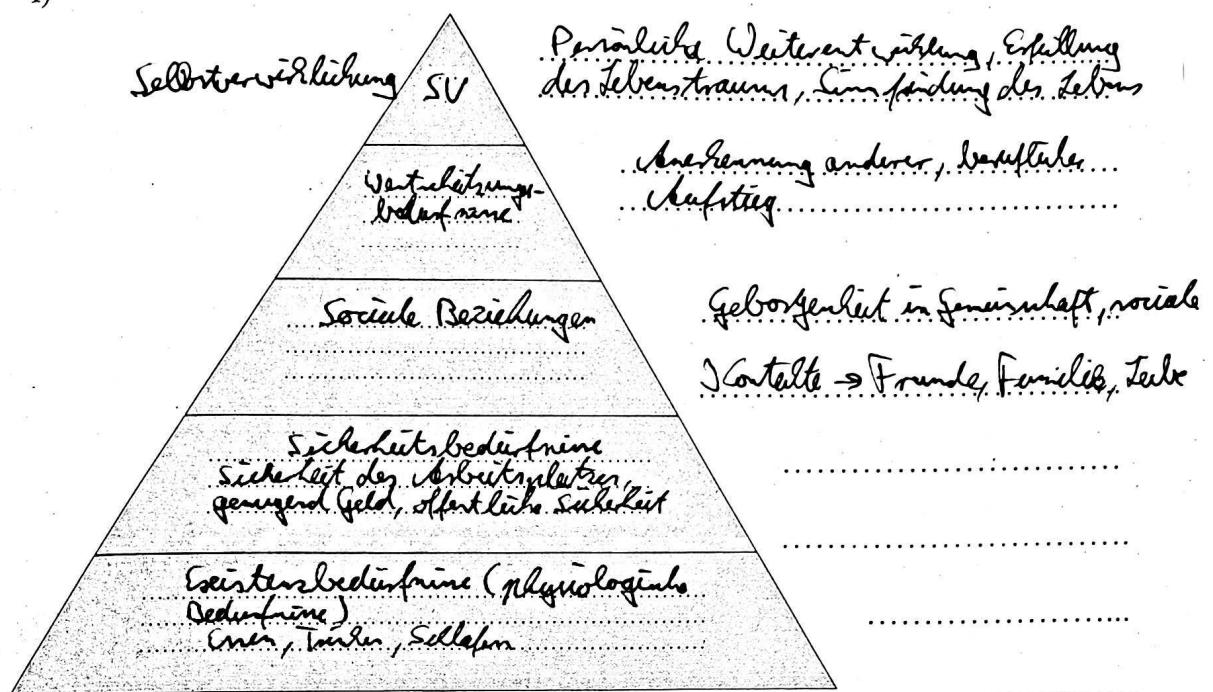
- Abhängig von Umwelt, Gesellschaft, Kultur, Lebensstandard, technische Entwicklung

Die Gesellschaft, sowie die sozialen Schichten, aber auch der Umgang des
Menschen bestimmen seine Bedürfnisse.

Gesellschaft: Bestimmt den Lebensstil und bestimmt was

Unterscheidung von Bedürfnissen:

I)



II. Nach der Art der Befriedigung

materielle Bedürfnisse	immaterielle Bedürfnisse
Befriedigung durch wirtschaftliche Güter Dienstleistungen wie Friseurbesuch, Beerdigung oder Sachgüte wie Auto, Fahrrad, PC	Körperlich nicht greifbare Bedürfnisse z.B. Zuhörer, Geborgenheit, Sicherheit, zugehörigkeit, Freunde, soziale Stellung, Gemeinschaft

III. nach dem Träger der Bedürfnisbefriedigung

Individualbedürfnisse	Kollektivbedürfnisse
Die einzelne Person entscheidet allein über den Konsum bestimmter Güter, die ihren persönlichen Bedürfnissen entsprechen z.B. Anschaffung eines privaten KFZ, Lautsprecheranlage, wie TV, mp3 Player	Eine politische Instanz entscheidet über die Bereitstellung von Gütern, die nur gemeinsam mit anderen Menschen konsumiert werden können. z.B. Schulen, Krankenhäuser, Polizeibehörden, hohe Sicherheit, Sozialsystem

Unwesentlich:

Weitere Einteilungsmöglichkeiten von Bedürfnissen:

Einteilung nach der Bewusstheit	
offene Bedürfnisse	latente Bedürfnisse = ein vorhandenes, aber noch nicht bewusstes Bedürfnis

Nach dem individuellen Empfinden	
körperliche Bedürfnisse Essen, Kleidung	geistige Bedürfnisse Liebe, Gerechtigkeit, Unabhängigkeit

Treppenfahrverhalten des Menschen

Umweltsektion

Verehrer wollen nur „Gute Ritter“ verehren. Schlechte werden ausgenommen.
Daraum muss die Sozialversicherung staatlich bereit gestellt werden.

Moral Hazard

Warum soll ich mir etwas zahlen, wenn auch der Rest der Gesellschaft dafür aufkommen kann? Dsp. Straßenebenhaltung

Sozialkunde 12 IT-Berufe Werbung.doc	Thema Werbung und Bedarf	Datum:
--	------------------------------------	--------------

Nach der Erfüllung der Grundbedürfnisse wachsen und verfeinern sich die Bedürfnisse, da sich die Menschen vergleichen:
Neue Bedürfnisse werden auch durch die **Werbung** angeregt.

Die Werbung

- weckt noch Mängelgefühle (Bedürfnisse)
- informiert aber auch über neue Produkte
- schafft Image

Aufgabe: Nennen Sie besonders einprägsame Werbebeispiele.

Erkenntnis: Bedürfnisse sind nur teilweise im Menschen selbst angelegt. Einen erheblichen Teil „lernen“ wir aus unserer sozialen Umgebung.

AIDA-Formel

Werbung ist nur dann erfolgreich, wenn der Umworbene das Produkt auch kauft. Die erfolgreiche Werbung muss folgende Stufen durchlaufen:

- | | |
|---------------|--------------------------------|
| A = Attention | = Aufmerksamkeit erzeugen |
| I = Interest | = Interesse am Produkt |
| D = Desire | = Begehrung (Leben / Wollagen) |
| A = Action | = Kaufhandlung auslösen |

Zum Schutz des Verbrauchers muss sich die Werbung an gesetzlich vorgegebene Regeln halten; z.B. durch das

Verbraucherschutzgesetz (Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb).

Der Wettbewerb wird geregelt, z.B. durch das

- Urheberrecht
- Patentrecht

Hat die Person zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse das notwendige Geld, spricht man vom

Zur wird der Bedarf, wenn ein entsprechendes Angebot vorhanden ist.

..... bezieht sich auf alle Tätigkeiten beim Erwerb von Gütern und bei der Verwendung von Geld oder Gütern, um damit Bedürfnisse zu befriedigen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Staat, der im Vergleich zu vielen anderen Ländern, was den Wohlstand betrifft und damit auch der Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung, im oberen Drittel aller Staaten einzuordnen ist. Der entscheidende Grund dafür sind die im erforderlichen Maß vorhandenen Produktionsfaktoren.

Das Zusam
Inanspruc

Produktionsfaktoren benennen dabei die Voraussetzungen für eine hochentwickelte Industriegesellschaft.

Stätten

- Aufgabe:** a) Ergänzen Sie die fehlenden Produktionsfaktoren!
b) Geben Sie jeweils Beispiele dazu an!

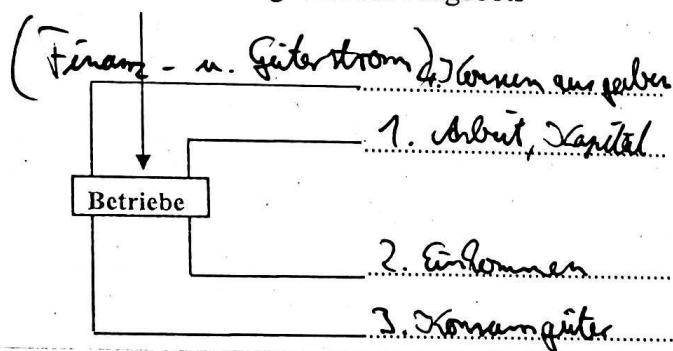
Produktionsfaktoren

Natur	Arbeit	Kapital	Bildung
Bodenreichtum	Arbeitsbedingungen	Sozialkapital	Grundbildung
Rohstoff	Motivation	(Gebäude, Maschinen)	Berufsbildung
Jagd	Arbeitsaufreihbarkeit	Sozialkapital	Hochschulbildung
Vegetation	Disposition (planende)	(Baugold, Pflanzen)	
	Eigentüter (ausführende) (ausführende) Arbeit		

Das Zusammenspiel von Güterproduktion und Dienstleistungen auf der einen Seite, Verbrauch und Inanspruchnahme auf der anderen Seite, bilden einen Kreislauf.

Aufg

Stätten der Herstellung und des Angebots



Verbrauch und Inanspruchnahme

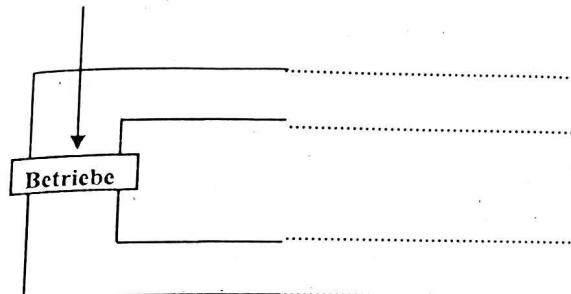
Im einzelnen
Wirtschaftskreislauf
geht es darum Sparen
und Investieren.
Damit ist die Wirtschaft
stabil, d.h. sie kann nicht
weichen.

Aufgabe: Geben Sie Beispiele dafür an, wodurch dieser Kreislauf "gestört" werden kann?

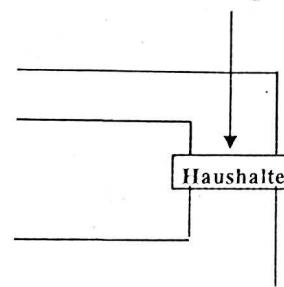
Krieg
Zu niedrige Einkommen

Das Zusammenspiel von Güterproduktion und Dienstleistungen auf der einen Seite, Verbrauch und Inanspruchnahme auf der anderen Seite, bilden einen Kreislauf.

Stätten der Herstellung und des Angebots

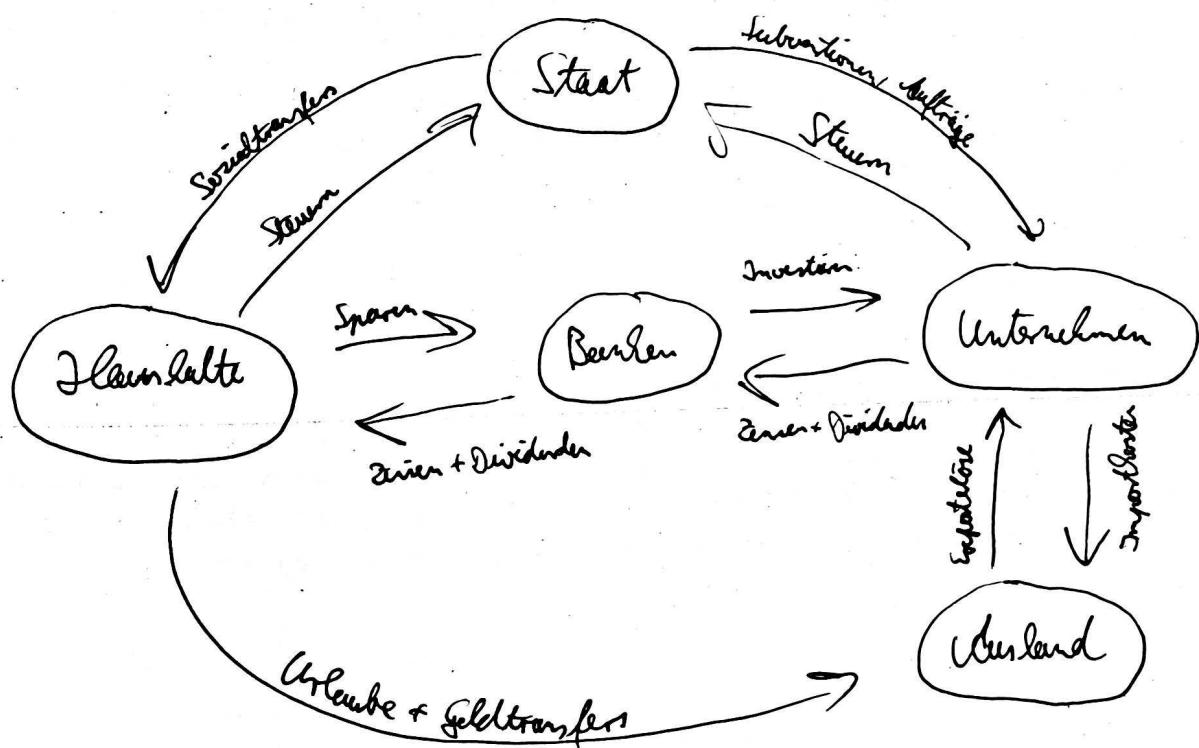


Verbrauch und Inanspruchnahme



Aufgabe: Geben Sie Beispiele dafür an, wodurch dieser Kreislauf "gestört" werden kann?

.....
.....
.....
.....





50 Tonnen in München, 40 Tonnen in Passau, 37 Tonnen in Regensburg: Das ganze Ausmaß des neuen Gammelfleischskandals ist noch nicht abzusehen. Verbraucherschützer sind nicht sonderlich überrascht, für sie liegen die Fehler im System.

Und schon wieder erschüttert ein Gammelfleischskandal das Land: Bei Razzien in Bayern wurden innerhalb von zwei Tagen mehr als 100 Tonnen verdorbenes Fleisch gefunden. So etwa in dem Kühlhaus eines Münchener Großhändlers. Bereits am Donnerstag stellte die Polizei dort 10.000 Kilogramm Dönerfleisch sicher, bei dem die Haltbarkeitsdaten teilweise um vier Jahre überschritten waren. Das Gesundheitsamt habe die Ware nach ersten Untersuchungen als "ränzig, muffig, alt und fremdartig" bezeichnet.

In der Schuldenfalle

Andreas hatte sich sein erstes eigenes Handy gekauft - und das für nur einen Euro. Er war fasziniert. Mit dem neuen Handy konnte er nicht nur telefonieren, sondern auch SMS schreiben, ins Internet gehen und Spiele oder Klingeltöne verschicken bzw. downloaden. Andreas leistete sich dieses neue Handy, obwohl er sein Girokonto schon um 1.000,00 € überzogen hatte. Außerdem hatte er sich von seinen Eltern noch 500,00 € geliehen. Nach drei Monaten schnappte die Schuldenfalle zu: Andreas konnte seine Handyrechnung über 350,00 € nicht mehr bezahlen. Seine Schulden beliefen sich mittlerweile auf mehr als 2.000,00 €. Weder seine Eltern noch die Bank machten das länger mit.



Branding-Handys: Kostenfalle oft mitprogrammiert

Gut sichtbar prangt das Logo des Netzbetreibers auf Handy-Gehäuse und Display. Die Besonderheit bei diesen Geräten, im Fachjargon "Branding"-Handys: Einzelne Tasten sind bereits mit eigenen Online-Angeboten des Mobilfunkanbieters belegt. Was die Firmen gern als Service deklarieren, kann rasch zur Kostenfalle geraten.

I Warum Verbraucherschutz? - Probleme

Raffinierte Werbung und Geschäftspraktiken der Anbieter	Schwierige Beurteilung der Produkte	Verlockung zum leichten Geldausgeben, Überschuldung	Verkäufer ist oft finanziell stärkere Vertragspartei
<p>Beispiele:</p> <p>Datenverlust → Apps greifen Benutzerdaten ab</p> <p>O2 Datenausnotiz</p>	<p>Verbraucherschutz durch Gütesiegel / Qualitätsiegel</p> <p>Bsp. Beurteilung Cola light zu Cola zero</p>	<p>T-Mobile anre 12 Monate 19,99€ ab 13. Monat 40€</p> <p>1&1 Entfernen 12 Monate 0€ ab 13. 40€</p>	<p>Kaufvertrag Mietvertrag</p> <p>Rechte enwaltliche Vertretung und Inkassoinstitutte</p>

II Was tut der Staat für den Bürger

a) *** Verbraucherschutzorganisationen *** Verbraucherschutzorganisationen ***

1. Nenne mindestens drei Verbraucherschutzorganisationen!

Stiftung Varentest, deutsche Umwelthilfe, foodwatch

2. In welcher Form bieten die Verbraucherschutzorganisationen Informationen an?

Internet, Flyer, Postenpflichtige Abos, Telefonhotline, Melderanmeldungen

3. Wer erhält von den Verbraucherschutzorganisationen Hilfe?

Konsumenten, die sich gestadigt fühlen (nur Privatpersonen)

4. Nenne fünf Probleme, bei denen dir die Verbraucherschutzorganisationen helfen könnten! (Mit Beispielen!)

Abos-Fälle (wendige Zeitungsabos), Mietrechts (Kündigung), Versicherungsprobleme (zu viel / zu wenig versichert), Bankkredite (Umzüge des Kredites), Lebensmittel (verstorbene Inhaltsstoffe, Preiserhöhung)

5. Erkläre, warum solche Organisationen bestehen! Welches Ziel verfolgen sie?

- um den Menschen als Verbraucher bestimmter Dienstleistungen zu schützen
- um die Interessen des Einzelnen zu schützen

6. Wie werden diese Organisationen finanziert?

- Spenden und Mitgliedsbeiträge und auch eigene Einnahmen
(Zutrittsarten & Bücher)
- Beruht überwiegend auf Fördermitteln

7. Wo finde ich eine Verbraucherschutzorganisation

- Telefonberatung
- Online
- vor Ort

8. Womit beschäftigen sich Verbraucherschützerorganisationen am häufigsten?

- Interessenvertretung und Politikberatung
- Rechtsdurchsetzung
- Marktbeobachtung
- Stärkung der Verbraucherbefreiung
- Verbrauchsberatung

Wichtige Begriffe im Zusammenhang mit dem Kaufvertrag:

Kulanz:

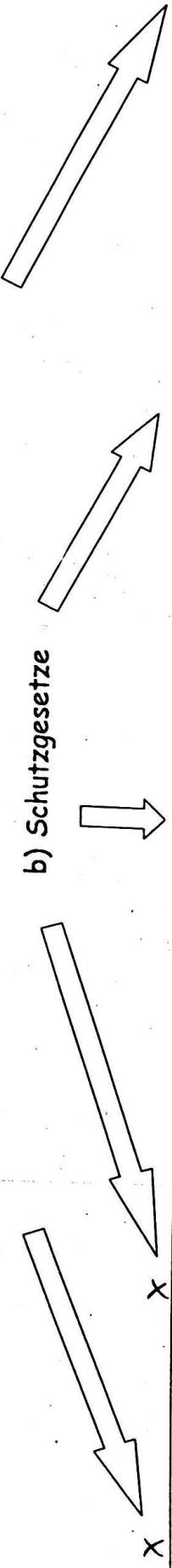
Kulanz kann gewählt werden, wenn die eigentlichen Ansprüche des Kunden erledigt sind. Sie steht gleichbedeutend für Gefälligkeit / Entgegennommen.
(Kein Rechtsanspruch)

Verzug:

Verzug liegt vor, wenn ein Schuldner (Bsp. Kunde)

Mängel:

Mängelarten mit Beispiel:

b) Schutzgesetze

Regelungen zu den allgemeinen Geschäftsbedingungen (§ 305 ff. BGB)	Regelungen zum Schutz bei Kreditgeschäften (§ 491 ff. BGB)	Regelungen zum Widerruf von Haustürgeschäften § 312 f. BGB und anderen Geschäften (2002 ins BGB aufgenommen)	Gesetz über die Haftung bei fehlerhaften Produkten	Preisangabenverordnung

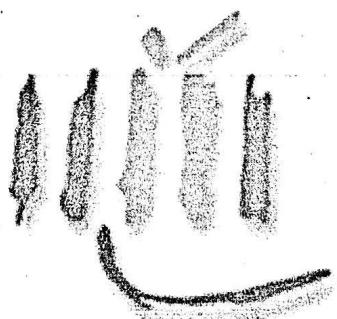
Städtische Berufsschule für Informationstechnik München

Sozialkunde 12

Dressler (Dr)

Thema 2

Sozialstaat, Magisches Sechseck, Konjunktur



Soziale Marktwirtschaft

Sie ist eine in der Wirklichkeit vorkommende Wirtschaftsform = Realtyp => die Wirtschaftsform der Bundesrepublik Deutschland

Leitidee:

Prinzip des freien Marktes der freie Marktwirtschaft -Vertragsfreiheit und Verantwortung -uneingeschränkte persönliche Entfaltung -ausschließlich die Nachfrage regelt die Produktion -Rechtsrahmen durch den Staat -Privateigentum an Produktionsmitteln -Jeder ist für sich selbst verantwortlich	Verbunden mit Sozialstaatlichen Ansprüchen	Ansprüchen des Menschen nach sozialer Gerechtigkeit -> Steuersystem persönlicher Freiheitsentfaltung -> durch freie Bildung sozialer Sicherheit -> Sozialversicherungen/Transfers (Kindergeld) Mitbestimmung -> Betriebsverfassungsgesetz
---	--	--

a) Wesen

Steuerung der Wirtschaft durch Markt und Preis + Staatseingriffe für bestimmte Ordnungsaufgaben

Ordnungsaufgaben:

1. Erhaltung des freien Wettbewerbs und der Marktsteuerung (Wettbewerbspolitik) a) Ordnung des Wettbewerbs (Vorgehen gegen Wettbewerbsbeschränkungen -Kartellgesetze, Regulierungsbehörden)	2. Soziale Korrektur der Einkommensverteilung als Ergebnis des Marktes (Einkommens-, Vermögens- und Sozialpolitik) a) Steuerpolitik als soziale Verteilungskorrektur b) Sozialleistungen (Elterngeld, Arbeitslosengeld) c) Aktive Vermögensbildung (Vermögenswirksame Leistungen, Rentenförderung)
3. Ergänzung des marktwirtschaftlichen Steuerungssystems durch eine Sozialordnung (Schaffung einer Sozialordnung)	4. Schaffung geeigneter wirtschaftlicher Bedingungen durch eine staatliche Wirtschaftspolitik

Der Staat hat in der sozialen Marktwirtschaft eine starke Stellung. Er greift im Interesse der Allgemeinheit und der sozial Schwachen in das Wirtschaftsgeschehen ein. Er ist Gestalter der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Umverteiler der Einkommen, Garant für das Funktionieren des Wirtschaftssystems (aktiver Staat)

Staatliche Eingriffe auf Markt und Preis - Übersicht

Marktkonforme Maßnahmen	Marktkonträre Maßnahmen
<p>Staatliche Stellen treten als Anbieter oder Nachfrager auf bzw. der Staat nimmt durch finanzielle Anreize oder durch Auflagen Einfluss auf die Entscheidungen der privaten Konsumenten oder Produzenten</p>	<p>der Staat legt die Preise oder Mengen fest oder begrenzt ihre Gestaltungsmöglichkeit</p>
<p>z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Subventionen <ul style="list-style-type: none"> - an Verbraucher (Wohn-, Kinder-geld...) - an Produzenten (einschließlich Stilllegungsprämien) - Stützungskäufe - Zölle, Zoll- und Steuervergünstigungen 	<p>z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Preisfestsetzungen (Höchst-, Mindest-, Festpreise, Lohnstopp, starre Wechselkurse) - Mengenfestsetzungen (Produktions-, Export-, Import-, Verbrauchs-, Devisenmengen)

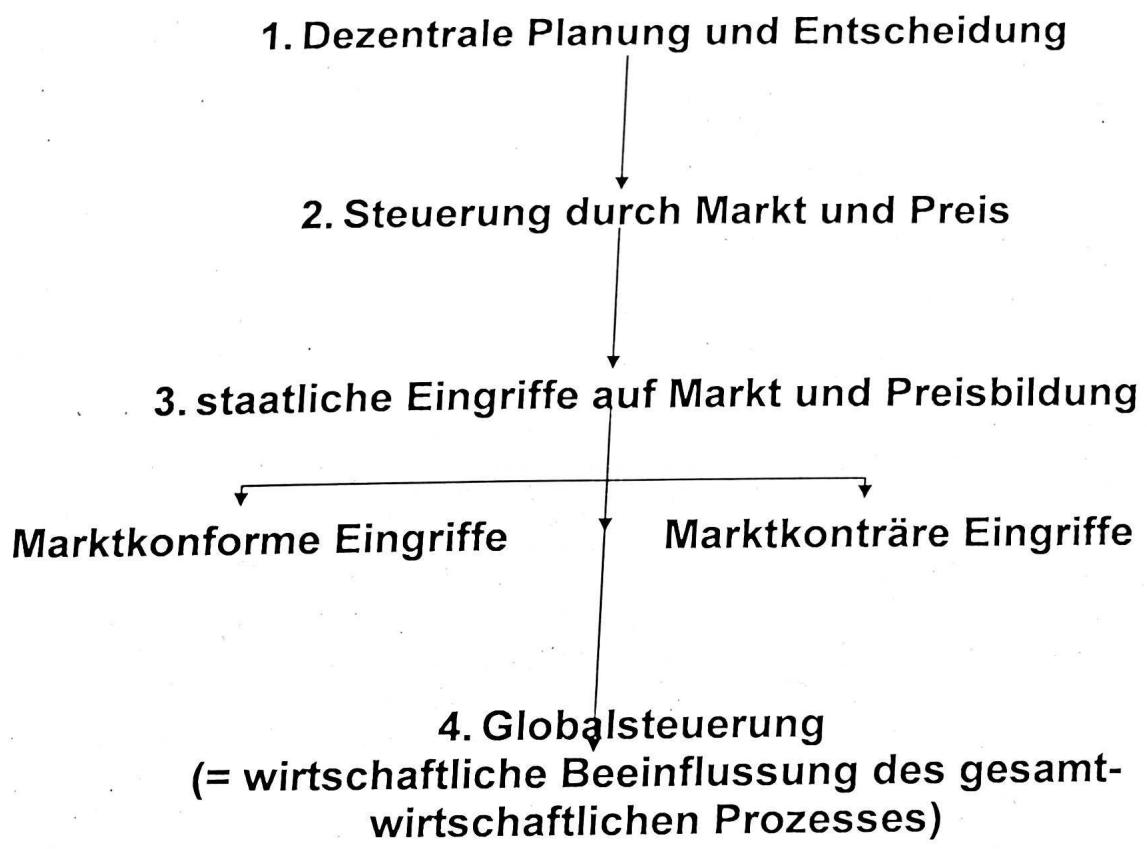
b) Fu

1.

3. sta

Markkonf

b) Funktionsweise – Lenkungssystem



Soziale Marktwirtschaft**– marktkonforme – marktkonträre Staatseingriffe auf Markt und Preis –**

Marktkonforme Maßnahmen	marktkonträre Maßnahmen
= Maßnahmen sind dem Marktablauf angepasst, d.h. die freie Preisbildung bleibt erhalten.	= Maßnahmen schränken den freien Marktablauf ein oder schalten ihn ganz aus, d.h. die freie Preisbildung gibt es nicht mehr.

Entscheiden Sie, ob die folgenden Maßnahmen des Staates marktkonformen oder marktkonträren Charakter haben!

Beispiele für mögliche Staatseingriffe	marktkonform	marktkonträr
1. Steuerliche Maßnahmen (Steuersenkungen oder -erhöhungen)	X	
2. Einführung eines Lohnstopps durch Gesetz		X
3. Mengenmäßige Beschränkungen der Wareneinfuhr (Einfuhrkontingente)		X
4. Veränderungen der Kreditbedingungen durch die Zentralbank (z.B. Leitzinserhöhung)	X	
5. Festsetzung eines Mindestpreises für Milch		X
6. Erhebung von Einfuhrzöllen	X	
7. Gewährung von Abschreibungsvergünstigungen für Unternehmer	X	
8. Gewährung von zinsverbilligten öffentlichen Baukrediten	X	
9. Einführung eines allgemeinen Preisstopps durch ein Bundesgesetz		X
10. Zahlung von Subventionen an Werften	X	
11. Einführung eines allgemeinen Dividendenstopps		X
12. Steuerbegünstigungen für umweltfreundliche Erzeugnisse, Sonderbesteuerung für umweltschädliche Produkte	X	
13. Erteilung von Staatsaufträgen an die Privatindustrie (z.B. Rüstungsaufträge)	X	
14. Einführung eines allgemeinen Mietenstopps		X
15. Devisenbewirtschaftung (= Aufhebung des Devisenfreihandels)		X
16. Kindergeldzahlungen	X	
17. Zahlung von Subventionen an konkurrenzbedrohte Kleinunternehmen	X	
18. Export- und Importverbote		X
19. Erhebung von Einfuhrabgaben (Abschöpfungen)	X	
20. Investitionsprämien an Unternehmer	X	
21. Verlängerung der Schulpflicht / Heraufsetzung des Rentenalters	X	
22. Vergabe von staatlichen Forschungsaufträgen	X	
23. Einstellung zusätzlichen Personals in den öffentlichen Dienst	X	

Preis –

nahmen

den freien
ten ihn ganz
gibt es nicht

nformen oder

marktkonträr

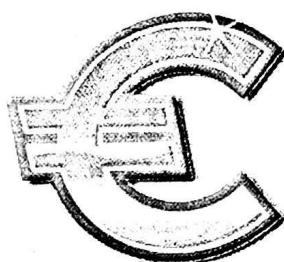
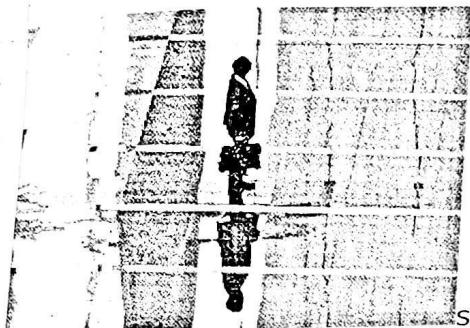
Vergleich zwischen	
Freier Marktwirtschaft	Zentralverwaltungswirtschaft
System: Angebot / Nachfrage regeln den Preis	
Vorteile:	
Nachteile:	

**Staatliche Maßnahmen in der Sozialen Marktwirtschaft
zur Erfüllung seiner Ordnungsaufgaben**

Verschaffen Sie sich einen Überblick über die vielfältigen sozialpolitischen Aktivitäten des Staates im Rahmen seiner Ordnungsaufgaben in der sozialen Marktwirtschaft. Nennen Sie zu jedem der Aktivitätsbereiche einige passende konkrete Maßnahmen!

Aktivitätsbereiche des Staates im Rahmen der Ordnungsaufgaben	Beispiele für staatliche Aktivitäten
Bildungspolitik	Schulgeldfreiheit 2. Bildungsweg, differenziertes Schulsystem, Bafög Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen Förderung für benachteiligte Jugendliche
Einkommensumverteilungspolitik	Steuerprogression Kindergeld/Elterngeld/Wohngeld Vermögensbildungsgesetz Erbschaftssteuerklassen und -tarife
Schutz des arbeitenden Menschen und Absicherung von Arbeitsrisiken	Sozialversicherungen Arbeits-, Jugendarbeitsschutz und Kündigungsschutz Lohnfortzahlung im Krankheitsfall Mitbestimmung Freie Gestaltungsmöglichkeit der Tarifverträge im Rahmen der Tarifautonomie
Unterstützung von bedürftigen Bevölkerungskreisen	Sozialhilfe / ALG II Wohngeld Sozialer Wohnungsbau
Konjunktur- und Beschäftigungspolitik	AB-Maßnahmen / Kurzarbeitergeld Stabilitätsgesetz Investitionszulagen Steuererleichterungen Subventionen
Wettbewerbspolitik	Kartellverbot, Fusionskontrolle, Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen Verbot des unlauteren Wettbewerbs Förderung des Mittelstandes Verbraucherschutz Regulierungsbehörden für Strom, Gas, Telekommunikation
Umweltpolitik	Festsetzung von Grenzwerten bei Schadstoffen, Verbot giftiger Stoffe, Umweltverträglichkeitsprüfungen bei neuen Produkten Ökosteuer, EEG-Umlage Förderung von Energiesparmaßnahmen

Geld-Not im Euroland



Stern online, vom 01.02.2009

© Everett Kennedy Brown/EPA/DPA
Trübe Aussichten: Die Wirtschaftskrise könnte im schlimmsten Fall ganze Staaten ruinieren

Die Krise verschärft die Kluft zwischen den Euro-Ländern. Seriöse Ökonomen fragen sich, wann der erste Staat Bankrott geht. Danach ist es nur noch ein kleiner Schritt zur Katastrophe: Dem Kollaps der Währungsunion.

Wie soll dieses Szenario von deutscher Seite aus verhindert werden?

Die wirtschaftlichen Ziele der BRD - Das Stabilitätsgesetz

Seit der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre (auch: in der BRD seit der Wirtschaftskrise 1966/67) wuchs die Einsicht, dass der Staat zur Sicherung eines hohen Beschäftigungsgrades auch direkt in den Wirtschaftskreislauf eingegriffen muss.

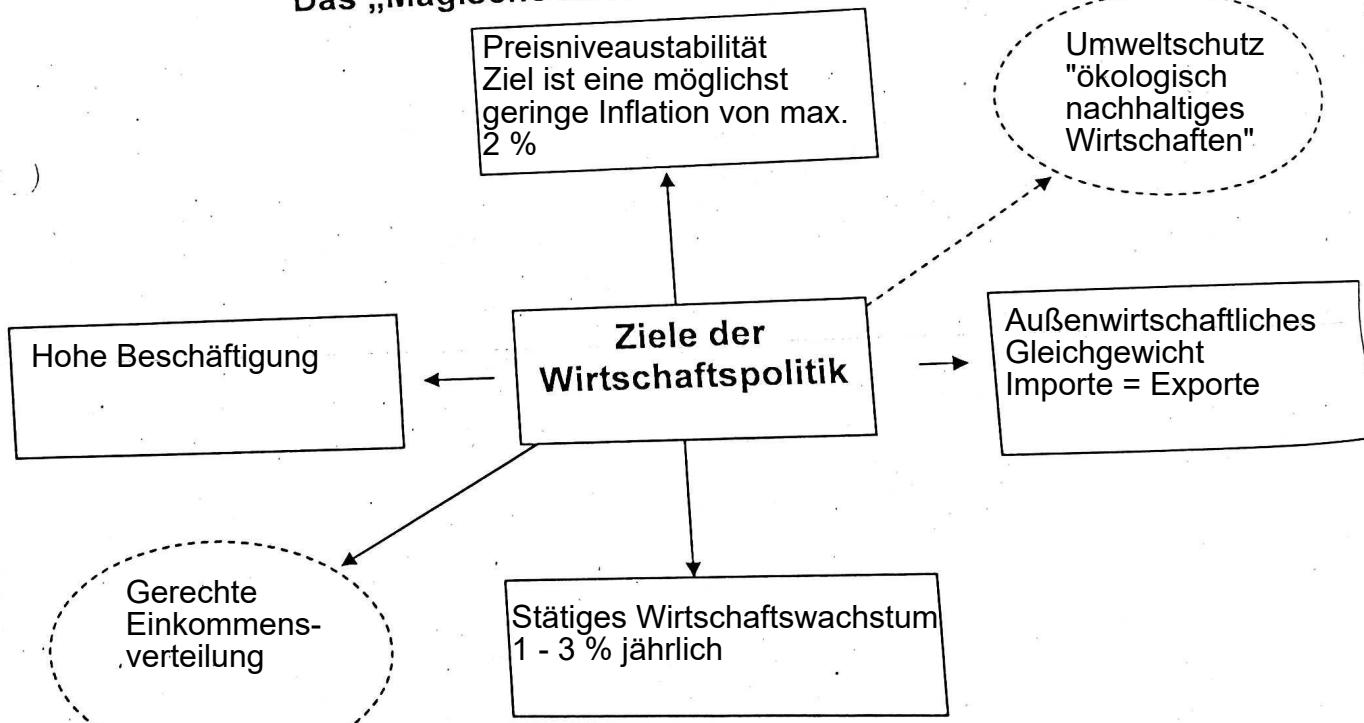
Anhand welcher Daten gewinnt der Staat Informationen über die Lage der Wirtschaft?

Frühindikatoren	Präsensindikatoren	Spätindikatoren
Börsenkurse Auftragseingänge/Lagerhaltung Geschäftsklimaindex Wirtschaftsforschungsinstitute Gelgmengenwachstum Einkaufmanagerindex	BIP Bruttoinlandsprodukt Kapazitätsauslastung Produktivität	Preise, Einkommensentwicklung Zahl der Insolvenzen Löhne Arbeitslosenzahlen

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
(Stabilitätsgesetz), von 1967:

§ 1: "Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsgrad und außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen."

Das „Magische Sechseck“ der Wirtschaftspolitik



Wirtschaftsindikatoren:

Wenn man den Stand und die Entwicklung der Konjunktur analysieren will, benötigt man aussagefähige Daten, so genannte Konjunkturindikatoren. Sie bilden die Grundlage der Konjunkturforschung. Die Aufgabe der Konjunkturforschung besteht darin, die aktuelle wirtschaftliche Lage zu analysieren (Konjunkturdiagnose) und die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Monate vorauszuschätzen (Konjunkturprognose). Konjunkturforschung betreibt in der Bundesrepublik Deutschland, u. A. die Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt/Landesämter, die Deutsche Bundesbank und wissenschaftliche Institute. So wird z. B. in regelmäßigen Abständen vom Ifo-Institut in München eine Befragung von mehreren tausend Unternehmen hinsichtlich ihrer Auftragseingänge und ihren Beurteilungen zur konjunkturellen Lage durchgeführt. Die Konjunkturprognosen der Forschungsinstitute werden in der Öffentlichkeit aufmerksam registriert. Wenn z. B. ein Abschwung vorhergesagt wird, können die Unternehmen ihre Lagerbestände verringern.

Die Konjunkturindikatoren lassen sich in verschiedene Gruppe einteilen. Die Frühindikatoren kündigen sehr früh kommende Veränderungen der wirtschaftlichen Situation an und ermöglichen Konjunkturprognosen sowie das Einleiten geeigneter Gegenmaßnahmen.

Zu Frühindikatoren gehören verschiedene Einzelfaktoren der Wirtschaft, wie z. B. Auftragseingänge, Lagerhaltung, Geschäftserwartung (Geschäftsklimaindex), Baugenehmigungen, Absumbereitschaft, Geldmenge, Einzelhandelsumsätze, Zinsstruktur (= Differenz zwischen kurz- und langfristigen Zinsen), Börsenkurse. Der zeitliche Vorlauf des Frühindikators vor der gesamtwirtschaftlichen Produktionsentwicklung beträgt etwa drei Monate. Die Gegenwartsindikatoren kennzeichnen den gegenwärtigen Zustand der Wirtschaft, d. h. sie ermöglichen eine Konjunkturdiagnose, da sie ohne zeitliche Verzögerung auf Konjunkturänderungen reagieren: z. B. reales BIP (v. a. die Produktion von Konsum- und Investitionsgütern), Kapazitätsauslastung, Produktivität, Kreditnachfrage. Die Spätindikatoren zeigen die konjunkturelle Entwicklung erst im Nachhinein an und sind daher für die Konjunkturdiagnose und Konjunkturprognose ungeeignet. Hierzu zählen z. B. Preise, Einkommensentwicklung, Zahl der Insolvenzen.

Sind alle Ziele im gleichen Maße erreichbar? Gibt es gleichlaufende und konträre Ziele?

Gleichlaufende Ziele	Konträre Ziele
<p>Wirtschaftswachstum <-> hohe Beschäftigung Steigt die Wirtschaftsproduktion, fällt auch die Zahl der Arbeitslosen, allerdings im geringeren Maße</p>	<p>Wirtschaftswachstum -> Folge: Preissteigerungen (-) -> niedrigere Kaufkraft -> höhere Preise</p> <p>Hohe Exportquote (-) -> weniger Produkte im Inland und dadurch höhere Preise</p>

Einzelziele und deren Probleme

Preisniveaustabilität	<ul style="list-style-type: none"> -Umweltstandards- und Abgaben führen zu steigenden Güterpreisen -Hohe Tarifabschlüsse erhöhen Produktionspreise und stärken die Kaufkraft Folge: Preisniveau steigt Anleihenkaufprogramm der EZB pumpt Geld in die Märkte 	ufgabe 1)
Hoher Beschäftigungsstand	<ul style="list-style-type: none"> schnelle technische Veränderungen und starke Bedarfsschwankungen in einzelnen Wirtschaftszweigen verhindern Vollbeschäftigung. Globalisierung -> Geringqualifizierte Arbeitskräfte fallen weg. Industrie 4.0 vernichtet Arbeitsplätze zugunsten von Automatisierung 	ufgabe 2)
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	<ul style="list-style-type: none"> Export sichert Arbeitsplätze, aber die Inlandpreise steigen, da die Güter hier nicht mehr zur Verfügung stehen. Hoher Export führt zu einer Wertsteigerung der einheimischen Währung, da diese nachgefragt wird, 	ie Auslastung gewünschter Arbeitskräfte Varum
Stetiges Wirtschaftswachstum	<ul style="list-style-type: none"> Rein durch den Konjunkturzyklus ist kein stetiges Wachstum ohne steigenden Konsum der Bevölkerung ist nicht möglich -> negativ für Sparquote -> defizite bei Rente 	

Nachhaltige Umweltpolitik	Umweltschutz erzeugt Kosten und ist damit international ein Wettbewerbsnachteil. Neue Technologien -> Solartechnik, Windkraft, erzeugt neue Arbeitsplätze
Gerechte Einkommensverteilung	Durch Internationalisierung gehen Gewinne ins Ausland. Arbeitnehmer partizipieren nur gering am Wirtschaftswachstum.

Aufgabe 1) Erklären Sie den Unterschied zwischen Preisstabilität und Preisniveaustabilität!

Preisstabilität = Preise in einer Währung bleiben gleich, die Kaufkraft ändert sich nicht.

Preisniveaustabilität = Preise können sich ändern, aber in Summe bleiben sie gleich

Aufgabe 2) Früher hat man gesagt, die Vollbeschäftigung ist erreicht, wenn jeder einen Arbeitsplatz hat. Heute spricht man nicht mehr von Vollbeschäftigung, sondern von „hoher Beschäftigungsstand“.

Was versteht man unter „hoher Beschäftigungsstand“?

die Auslastung des Produktionsfaktors Arbeit ist optimal.

eine gewisse Reserve von Nichtbeschäftigten ist vorhanden, damit im Falle eines Aufschwungs noch zusätzliche Arbeitskräfte vorhanden sind

Warum hat man das Wort „Vollbeschäftigung“ durch „hoher Beschäftigungsstand“ ersetzt?

Die Wirtschaft ist mittlerweile hochkomplex und der Arbeitskräftebedarf in einzelnen Bereichen ändert sich ständig. Arbeitskräfte können nicht schnell genug reagieren/qualifiziert werden.

Die Internationalisierung führt dazu, dass gewisse Industriebereiche vollkommen aus Deutschland verschwinden -> Folge: Arbeitslosigkeit in diesen Bereichen.
Industrie 4.0 vernichtet Arbeitsplätze

Aufgabe 4) Wieso ist der Export generell „wünschenswerter“ als der „Import“?

Export schafft Arbeitsplätze durch eine hohe Auslastung der Wirtschaft.
Durch das höhere Steueraufkommen werden die Staatsfinanzen saniert.
Die Sozialausgaben für Arbeitslosenunterstützung sinken.

Aufgabe 5) Wie kann ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht die Preisniveaustabilität stören?

zuviel Export = Inflation, gleichzeitig steigt aber der Außenwert des Euro, d.h. die Kaufkraft im Ausland
zuviel Import = Deflation, aber der Außenwert des Euro fällt, d.h. die Kaufkraft im Ausland nimmt ab

Aufgabe 6) Was trägt vor allem dazu bei, die Stabilität unserer Währung zu sichern?

- | | |
|---|--|
| a. Ein ausgewogenes Verhältnis von Geld- und Gütermenge | d. Der Export muss den Import erheblich übersteigen. |
| b. Die Golddeckung des Euro | e. Der Import muss den Export erheblich übersteigen. |
| c. Geringe Devisenreserven der Bundesbank | |

Aufgabe 7) Welche staatliche Maßnahme wirkt sich i.d.R. direkt auf die Preise aus?

- | | |
|------------------------------|---|
| a) Gewährung von Sparprämien | d) Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung |
| b) Erhöhung der Umsatzsteuer | e) Erhöhung der Abschreibungssätze |
| c) Erhöhung der Kfz-Steuer | f) Erhöhung der Subventionen |

Aufgabe 7) Im folgenden werden die Ziele des Stabilitätsgesetzes genannt. Ordnen Sie die richtigen Messgrößen zu:**Messgrößen**

- 1) Zahlungsbilanz
- 2) Steigerung des BSP (real) in %
- 3) Auftragseingänge
- 4) Kapazitätsauslastung
- 5) Preissteigerungsrate
- 6) Arbeitslosenquote und Kurzarbeiterstand/offene Stellen

Ziele

- a) Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 1
- b) Hoher Beschäftigungsstand 6
- c) Stetiges und angemessenes wirtschaftliches Wachstum 2. BEP
- d) Stabilität des Preisniveaus 5

„Der von uns erzeugte Aufschwung ist substanzial und lang anhaltend. Starke wirtschaftliche Depressionen wie nach dem Platzen der Internetblase 2002 wird es in Zukunft nicht mehr geben.“

London, Juli 2008



Britischer Premierminister Gordon Brown

ustabilität stören?

aufkraft im Ausland steigt

usland nimmt ab

blich übersteigen.

lich übersteigen.

ersicherung

Die Bibel, Altes Testament

die richtigen
Wachstum
Der Pharaos sage zu Josef: In meinem Traum stand ich am Nilufer. Aus dem Nil stiegen sieben wohlgenährte, stattliche Kühe und weideten im Gras. Nach ihnen stiegen sieben andere Kühe herauf, elend, sehr hässlich und mager.

Darauf sagte Josef zum Pharaos: Sieben Jahre kommen, da wird großer Überfluss in ganz Ägypten sein. Nach ihnen werden sieben Jahre Hungersnot heraufziehen. Da wird der ganze Überfluss vergessen sein und Hunger wird das Land auszehren.

Der Konjunkturzyklus

In einer Marktwirtschaft werden Angebot und Nachfrage von bzw. nach Gütern und Leistungen Wettbewerb bestimmt. Bevor sich jedoch jeweils ein Gleichgewicht eingestellt, kann die Nachfrage dem Angebot vorausseilen, oder umgekehrt. Übersteigt die Nachfrage das Angebot, so wird Produktion durch höhere Auslastung und später auch durch Erweiterung der Kapazitäten bzw. neue Anbieter erhöht: Preise und auch Gewinne steigen. Die Wirtschaftstätigkeit belegt sich, Wertschöpfung nimmt zu.

Übertrifft das Angebot die Nachfrage, so treten die umgekehrten Prozesse ein. Diese „Auf“ und „Ablauf“ nämlich die Veränderungen im Grad der wirtschaftlichen Aktivität, gemessen an den Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukt (BIP), ergeben den Konjunkturverlauf als wellenförmige Kurve zwischen den Zeiten des Geringst- und des Höchsteinsatzes aller Produktionsfaktoren.

Voll ausgelastete bis zu überbeanspruchten Kapazitäten (Überstunden, Sonderschichten) also eine Hochkonjunktur (Boom), ungenutzte bzw. vernichtete Kapazitäten deuten auf Konjunkturtief (= Depression) hin. Den Weg vom Tief zum Höhepunkt (Aufschwung) kennzeichnen zunehmend besser beanspruchte, die umgekehrte Bewegung zunehmend schlechter ausgenutzte Kapazitäten (Abschwung).

Es ergeben sich mithin vier verschiedene Phasen der Konjunktur:

In einer Depression stagnieren Nachfrage, Produktion, Gewinne, Preise, Löhne und Zinsen auf niedrigem Niveau, es wird nicht investiert, Betriebe müssen schließen, und es gibt viele Arbeitslosigkeit. Die Ersparnis ist – eher aus Zukunftsangst – eher hoch.

Im Aufschwung steigen Nachfrage und Produktion, die Unternehmer erwarten zunehmende Gewinne und investieren und stellen zusätzliche Arbeitskräfte ein, die Löhne, Preise und Zinsen beginnen zu steigen, die Sparneigung nimmt ab.

In der Hochkonjunktur (Boom) herrscht Vollbeschäftigung bzw. Arbeitskräftemangel, so dass Löhne und damit die Einkommen und die kaufkräftige Nachfrage, aber auch die Preise und die Zinsen (bei geringer Sparneigung) stark steigen, die Produktion durch Neu-Investitionen noch erheblich erhöht wird und es zur Überhitzung kommt: Überproduktion und Marktsättigung lassen die Gewinne schrumpfen.

Im Abschwung wird wegen der nun negativen Absatz- und Ertragserwartungen die Produktion verringert, es werden nur noch Ersatzinvestitionen getätigt und Arbeitskräfte entlassen, die Löhne sinken, die kaufkräftige Nachfrage (bei gleichzeitig höherem Sparen) ebenfalls, die Preise und Zinsen sinken, es kommt zu Firmenzusammenbrüchen.

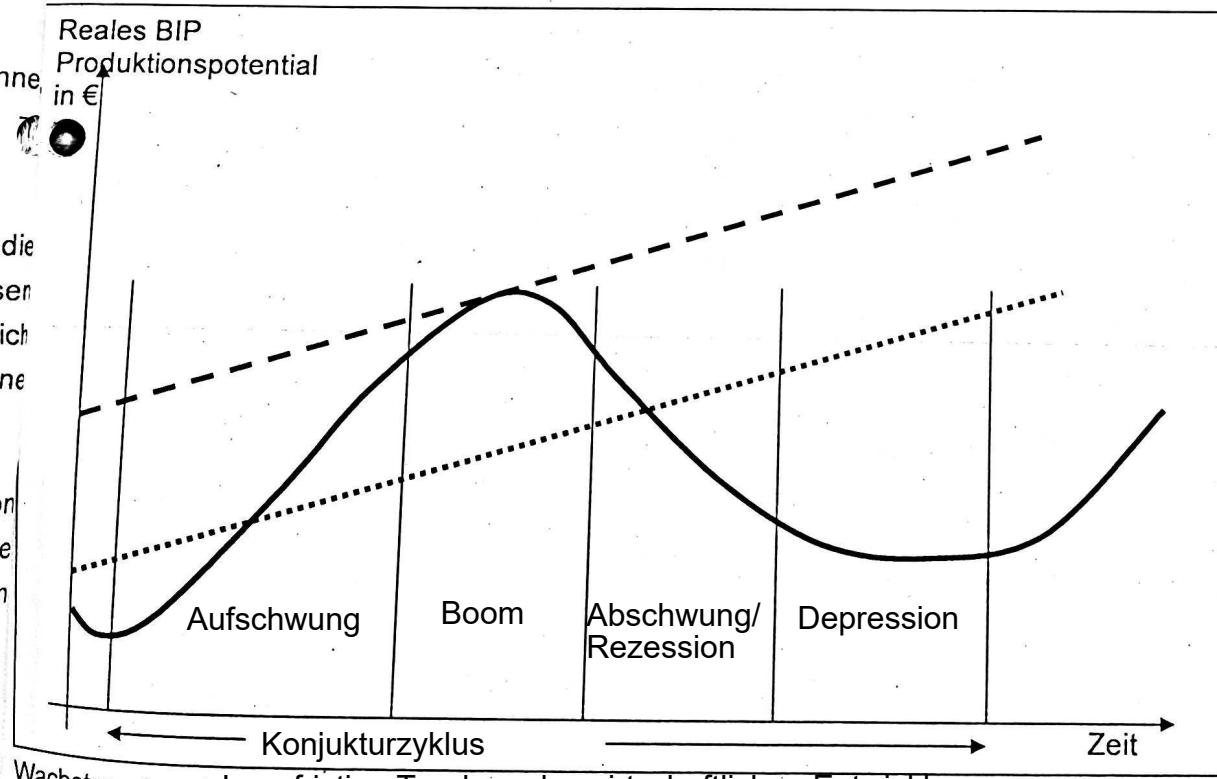
Der gesamte Ablauf von Tief zu Tief – bzw. von Boom zu Boom – bezeichnet man als Konjunkturzyklus.

Wirtschaftsschwankungen

1. Arten von Wirtschaftsschwankungen

Saisonschwankungen	
Angebot, so wird die Kapazitäten bzw. durchgkeit belegt sich, die	Änderungen der Wirtschaftsfähigkeit aufgrund von Urlaub, Witterung, Jahreszeiten, Feiertagen, usw.
Diese „Auf“ und „Ab“ Dauer den Wachstumsraten wellenförmige Kurve	Innerhalb eines Jahres
Konjekturelle Schwankungen	
Kennzeichen	Mittelfristige Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung (gemessen an der Veränderung des realen BIP) Konjunktur im Sprachgebrauch: gesamtwirtschaftliche Lage
	5 bis 10 Jahre
Strukturelle Schwankungen	
Kennzeichen	Entstehen aufgrund umwälzender technischer Änderungen z. B. Dampfmaschine, Eisenbahn, Computer, Informationsgesellschaft (Internet, Smartphone), akternative Energien, Elektromobilität
	ca. 50 bis 60 Jahre

2. Konjunkturphasen



SK 12

Konjunktur

Datum:

Merkmale der Konjunkturphasen

Konjunkturphase Merkmale	Aufschwung	Hochkonjunktur	Abschwung/ Rezession	Depression
Nachfrage	Steigt	Hoch	Sinkt	Niedrig
Produktion	Steigt	Volle Auslastung	Sinkt	Niedrig
Preise	Weitgehend stabil		Sinken oder stagnieren	Niedrig
Zinsen	Verhältnismäßig niedrig	Steigen	Sinken	Niedrig
Beschäftigung	Steigt	Arbeitskräfte knapp	Arbeitslosigkeit steigt	Arbeitslosenquote hoch
Stimmung	Optimistisch			Depressiv
Sparneigung der privaten Haushalte	abnehmend			hoch
Inflation	steigt	hoch	abnehmen	Stillstand bis sinkend (Deflation)

< 12

Konjunktur → Wirtschaft

Inflation**Deflation****Stagflation:**

Depression
Niedrig
Niedrig
Niedrig
Niedrig
tslosenquote hoch
depressiv
hoch
stand bis ankend (lation)

SK 12

Konjunktur

Datum:

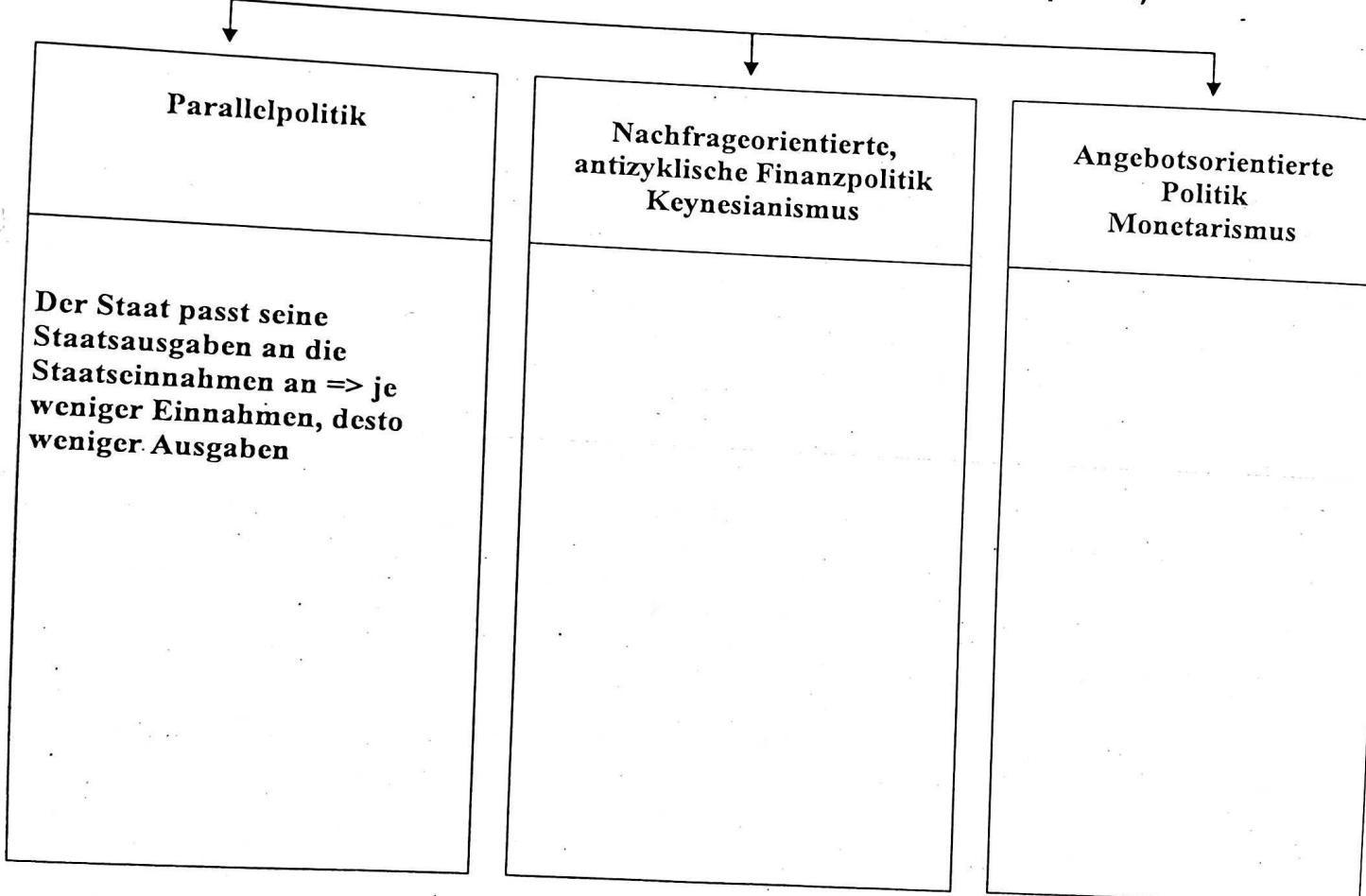
Mögliche Maßnahmen des Staates / Zentralbank in der		
Hochkonjunktur → Bremsen der Wirtschaft	Maßnahme	Depression → Förderung der Wirtschaft
	Staat	
	Steuern	
	Abschreibungen	
	Subventionen	
	Zölle	
	Währungsparität	
	Öffentliche Aufträge	
	Zentralbank Geldmenge	
	Zinssätze	

Maßnahmen	Wirkungen
Steuererhöhung bzw. zusätzliche Steuern	
Sparmaßnahmen des Staates bei öffentlichen Ausgaben	

Insgesamt: Wirtschaftsleistung geht eher weiter zurück

Möglichkeiten staatlicher Fiskalpolitik - Konzepte

Einsatzmöglichkeiten der Fiskalpolitik (Finanzpolitik)





Wirtschaftspolitik des Keynesianismus

Vielfach wird Keynes auf eine antizyklische Nachfragepolitik reduziert. Demnach soll der Staat, über Rücklagen oder durch Kreditaufnahme finanziert, fiskalpolitische Maßnahmen ergreifen. Die Zentralbank soll dies geldpolitisch unterstützen. Das Zusammenspiel soll der Abschwächung der Auswirkungen von Rezessionen und Booms dienen. Wenn der Staat zur Finanzierung kurzfristig Schulden aufnimmt, liegt ein so genanntes Deficit spending vor. Dieser Begriff wurde von Abba P. Lerner geprägt. Idealerweise sollten diese Schulden bei einem Wirtschaftsaufschwung durch Steuermehreinnahmen beglichen werden. Keynes sah die inhärente Unsicherheit der Zukunft als Ursache von stark schwankenden privaten Investitionen. Verstärkt über den Multiplikator führt dies zu schwankender Nachfrage und Arbeitslosigkeit. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kann aber auch dauerhaft zu schwach sein. In diesem Fall wird eine Stabilisierung durch langfristige und permanente staatliche Investitionen, etwa in Infrastruktur und Wohnungsbau erforderlich.

Der Begriff Monetarismus

(latein. moneta „Münze“, Münzstätte) steht für eine wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Konzeption, die in den 1960er- und 1970er-Jahren vor allem von Milton Friedman als Gegenentwurf zum nachfrageorientierten Keynesianismus entwickelt wurde, wobei die bereits in den 1930ern erdachten Theorien einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik wieder aufgegriffen wurden.



Monetaristen sehen in der Regulierung der Geldmenge die wichtigste Stellgröße zur Steuerung des Wirtschaftsablaufes ("Money matters" - Es kommt auf die Geldmenge an) und knüpfen an die langfristige Betrachtung der neoklassischen Vorstellung eines grundsätzlich stabilen Wirtschaftsablaufs an. Eine zu starke Ausdehnung der Geldmenge führt demnach zu Inflation, eine zu starke Bremsung des Geldmengenwachstums zu Deflation. Kurzfristige Eingriffe des Staates zur punktuellen Steuerung der Wirtschaft werden abgelehnt.

Kritikpunkte am Keynesianismus:

Milton Friedman kritisiert in seinem Werk *A Monetary History of the United States* grundsätzliche Annahmen von Keynes Wirtschaftstheorie. Anders als dieser sieht er die Weltwirtschaftskrise nicht als Ergebnis der freien Märkte, sondern eines falschen Eingriffes des Staates, welcher im Falle der USA zwischen den Jahren 1929 und 1933 die Geldmenge um 30 % verringerte. Auch habe Keynes die Bedeutung der Geldmenge vernachlässigt. Kritiker bestreiten außerdem die von Keynes angenommene eindeutige Beziehung zwischen den Konsumausgaben eines Haushaltes und seinem jeweiligen Einkommen. Die Haushalte bestimmten vielmehr die Höhe ihrer Konsumausgaben in Abhängigkeit von ihren langfristigen Einkommenserwartungen, kurzfristige Einkommensänderungen würden hingegen meistens ignoriert. Dadurch könnten staatliche Einkommenstransfers nicht so viel an Konsumnachfrage stimulieren, wie von Keynes angenommen. Friedman habe mit den Untersuchungen in seinem Werk *A Theory of the Consumption Function* gezeigt, dass dieser von Keynes behauptete Zusammenhang statistisch nicht nachweisbar sei.

Am keynesianischen Politikansatz im Allgemeinen wird kritisiert, dass das Konzept eines Konjunkturanschubs durch kreditfinanzierte Staatsnachfrage langfristig zu Inflation führe oder auf Dauer wirkungslos bleibe. Die Theorie der adaptiven Erwartung weist darauf hin, dass die Arbeitnehmer irgendwann erkennen, dass ihre gestiegenen Nominallöhne vom Preisanstieg entwertet werden und darum nicht dauerhaft mehr arbeiten werden – die Geldillusion halte also nicht unbegrenzt an. Die Volkswirtschaft findet sich nach dem Modell dieser Kritiker bei höherem Preisniveau in einem Gleichgewicht bei unverändertem realen Volkseinkommen wieder. Auch gibt es Kritik in der Art, dass sich die Wirtschaftsteilnehmer auf die Hilfe des Staates einstellen und sich immer mehr zu „risikofreudig“ verhielten, dadurch die Gesamtwirtschaft immer stärker gefährdeten und so die Staatseingriffe immer stärker werden müssten (Moral Hazard). Weitere Kritik wird durch den sogenannten crowding-out- oder Verdrängungseffekt begründet, nach welchem staatliche Investitionen die privaten Investitionen verdrängen, die effektiver wären.

Entgegen Keynes nahm Friedrich August von Hayek an, staatliche Organisationsformen entwickelten ein starkes Eigenleben, was häufig zu einer aufgeblähten Verwaltung führe, die selbst einen Großteil der Staatsausgaben für ihren Selbsterhalt benötige. Weiterhin nahm Hayek an, dass es in demokratischen Prozessen sehr aufwendig bis nicht durchführbar sei, in der Vergangenheit gewährte Subventionen bzw. Vergünstigungen aller Art wieder rückgängig zu machen. Zuletzt seien wirtschaftliche Prozesse zu komplex, als dass sie zentralisiert gesteuert werden könnten. Aufgrund dieses nur sehr bedingt zur Verfügung stehenden Steuerungswissens sei es nicht möglich, „antizyklische“ Prozesse durch den Staat anzuregen. Dieses Wissensdefizit der öffentlichen Hand gepaart mit der dem staatlichen Handeln unterstellten inhärenten Tendenzen zum Selbsterhalt der Verwaltung sowie der fortschreitenden Bürokratisierung führen nach F.A. Hayek zu einem vermehrten Einnahmebedarf des Staates, der wirtschaftliche Entwicklung neben der Bürokratisierung erheblich erschwere. Demzufolge seien „antizyklische“ Maßnahmen der öffentlichen Hand mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt.

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise ab 2007 sehen auch Vertreter einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, dass bei starken Nachfrageeinbrüchen die Anpassungsfähigkeit der volkswirtschaftlichen Angebotsseite überfordert sein kann, so dass eine keynesianischen Situation entsteht, welche dann eine Nachfragepolitik dringlich mache.

undsätzliche Annahmen
als Ergebnis der freien
en den Jahren 1929 und
einge vernachlässigt.
hen den
estimmten vielmehr die
tungen, kurzfristige
e Einkommenstransfers
habe mit den
ser von Keynes

Konjunkturanschubs
ngslos bleibe. Die
nnen, dass ihre
nehr arbeiten werden.
Modell dieser
inkommen wieder.
einstellen und sich
hrdeten und so die
et, nach welchem
ickelten ein starkes
Staatsausgaben für
ehr aufwendig bis
ler Art wieder
siert gesteuert
s sei es nicht
lichen Hand
er Verwaltung
ahmebedarf des
aufolge seien

schaftlichen
n eine

Städtische Berufsschule für Informationstechnik München

Sozialkunde 12

Dressler (Dr)

Thema

EZB und Fiskalpolitik

BS Info
München



Die EU-Gründungsgeschichte:

1951	
1957	
1967	Fusion der Institutionen zur EG (Europäische Gemeinschaft)
1979	Schaffung des EWS (Europäisches Währungssystem); Einführung des ECÜ (künstliche Verrechnungswährung)
1992	
2002	Einführung des € als Gemeinschaftswährung in 12 europäischen Staaten (€ erstetze 1996 ECÜ)
2004	EU-Osterweiterung

Der Weg

Am 1. Nov am 7. Fe unterzeich Zusamme In der erst und Diens den EG-S Europäisc sollte den Zuständig auch bei d 1. Januar die Vorläu dazu dien damit die einzelner diesem Z Maastrich

- Ein an drei st
- Ein H eine S Staat
- Stabi Währ
- Die I des B

Am 1. Länder wurde

Der Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)

Am 1. November 1992 trat der Vertrag über die Europäische Union (EU) in Kraft. Er war am 7. Februar 1992 in Maastricht von den Außen- und Finanzministern der EG unterzeichnet worden. Seine Zielsetzung war es, die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in Europa zu vertiefen und auszubauen.

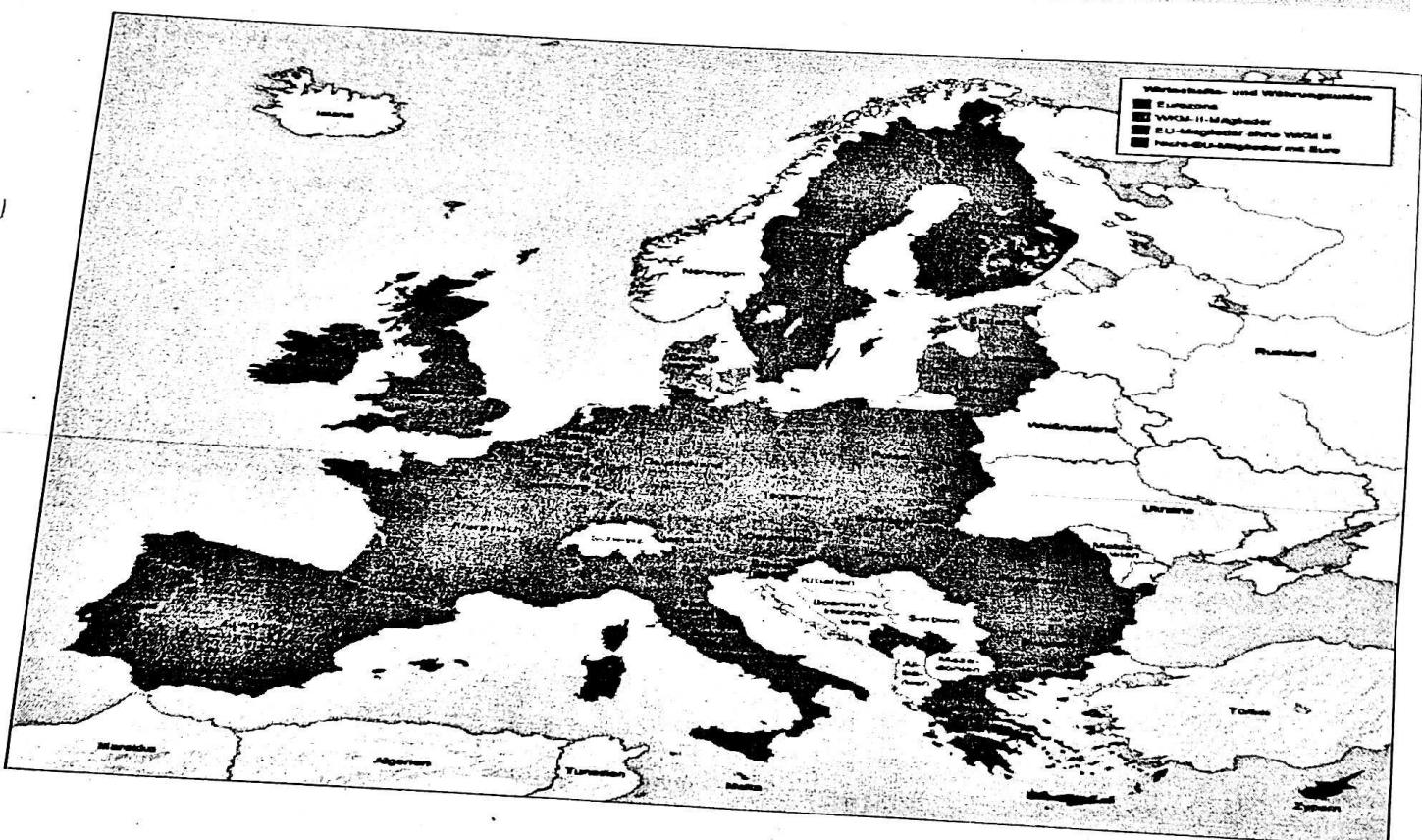
In der ersten Stufe (Vorbereitungsphase) wurde der einheitliche Binnenmarkt im Waren- und Dienstleistungsverkehr weitgehend verwirklicht und der freie Kapitalverkehr zwischen den EG-Staaten hergestellt. Mit dem 1. Januar 1994 begann die zweite Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (Konvergenzphase). Die zweite Stufe sollte den Übergang zur dritten vorbereiten und erst ermöglichen. In dieser Phase blieb die Zuständigkeit für die Geldpolitik in vollem Umfang bei den nationalen Notenbanken, also auch bei der Deutschen Bundesbank. Ihre Unabhängigkeit blieb erhalten. So entstand am 1. Januar 1994 das Europäische Währungsinstitut (EWI) mit Sitz in Frankfurt am Main als die Vorläuferin der späteren Europäischen Zentralbank. Die Übergangsphase sollte weiter dazu dienen, die nationale Geld- und Währungspolitik der Staaten zu koordinieren und damit die Preisstabilität zu erhöhen bzw. zu sichern. Für den späteren Beitritt mussten die einzelnen Länder gewisse Konvergenzkriterien erfüllen, wobei das Wort Konvergenz in diesem Zusammenhang Annäherung bzw. Übereinstimmung in den Zielen bedeutete. Der Maastrichter Vertrag hatte die wichtigsten Kriterien festgelegt, und zwar:

- Ein anhaltend hoher Grad der Preisstabilität von max. 1,5 % über dem Durchschnitt der drei stabilsten Länder
- Ein Haushaltsdefizit, das 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreitet und eine Staatsverschuldung von höchstens 60 % des Bruttoinlandsprodukts (→ gesunde Staatsfinanzen);
- Stabilität des Wechselkurses eines Landes im Rahmen des Europäischen Währungssystems seit mindestens 2 Jahren;
- Die langfristigen Zinssätze dürfen nicht höher liegen als 2 % über dem Durchschnitt des EZB Referenzzinssatzes.

Am 1. Januar 1999 begann die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion. Nur die Länder, welche die Konvergenzkriterien erfüllten, durften in die Endstufe eintreten. 2002 wurde der Euro als offizielles Zahlungsmittel in 13 EU-Ländern eingeführt.

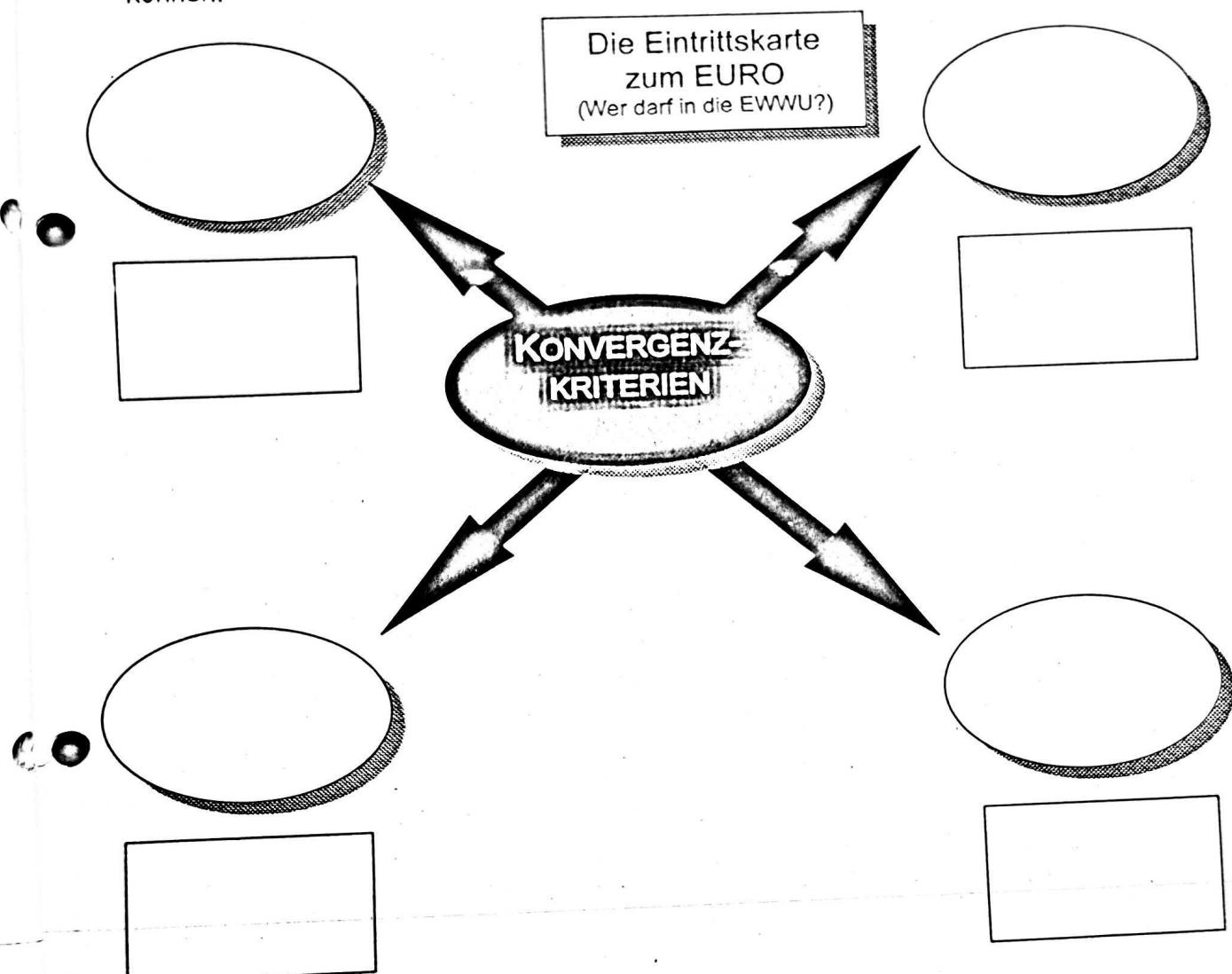
Die Euroländer 2009

Land	Einführung als Buchgeld	Einführung als Bargeld	Form der Teilnahme
Andorra	1999	2002	Übernahme durch Währungsunion
Belgien	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Deutschland	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Finnland	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Frankreich	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Griechenland	2001	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Irland	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Italien	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Luxemburg	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Malta	2008	2008 ^[1]	Einführung im Rahmen der EWWU
Kosovo		2002	unilaterale Übernahme des Euros
Monaco	1999	2002	Übernahme durch Währungsunion
Montenegro		2002	unilaterale Übernahme des Euros
Niederlande	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Österreich	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Portugal	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
San Marino	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Slowakei	2009	2009 ^[12]	Übernahme durch Währungsunion
Slowenien	2007	2007 ^[13]	Einführung im Rahmen der EWWU
Spanien	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Vatikanstadt	1999	2002	Einführung im Rahmen der EWWU
Zypern	2008	2008 ^[14]	Übernahme durch Währungsunion



Der Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)

- Wie viele Länder gehören derzeit zur EWWU?
- Wie viele EWWU - Staaten haben den Euro als Währung eingeführt?
- Welche Nicht-EU-Mitglieder haben den Euro einseitig als Zahlungsmittel eingeführt?
- Welche Kriterien müssen Staaten erfüllen um den Euro als Zahlungsmittel einführen zu können?



Welche Vor- und Nachteile hat eine einheitliche europäische Währung Ihrer Meinung nach?

Vorteile:

Nachteile:

Das Europ
Zentralban
der EU. De
nicht eing
„Eurosyste
Mitgliedsst
Währungsse

Die Europ
Niederländ

Zentrales P
nicht - nu
Entscheidu
Entscheidu
beschließt
Beschlusse
deizeln P
Währung e
hat – von e
die Stimme

Das Direk
Sitzungen
Eurosyste
Notenbank
Das Direkt
weiteren M
und Regie
anerkannt

Solange n
Beschluss
sowie de
Mitgliedss
Länder. C

Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) und Europäische Zentralbank (EZB)

2. Organe und ihre Aufgaben

Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) besteht aus zwei Stufen, der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main (EZB) und den nationalen Notenbanken der Teilnehmerstaaten der EU. Dem ESZB gehören somit auch Zentralbanken von Mitgliedsstaaten an, die den Euro noch nicht eingeführt haben. Zur Klarstellung des Sachverhalts hat der EZB-Rat deshalb den Begriff „Eurosystem“ eingeführt. Er umfasst die EZB und die dreizehn nationalen Zentralbanken der Mitgliedsstaaten, die den Euro in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) eingeführt haben.

Die Europäische Zentralbank ist die zentrale Einrichtung der EWWU. Erster Präsident war der Niederländer Wim Duisenberg. Im folgte mittlerweile der Franzose Mario Draghi.

Zentrales Entscheidungsorgan des Europäischen Zentralbankensystems ist der EZB-Rat. Im sind nicht nur die geldpolitischen, sondern auch nahezu alle anderen zentralen Entscheidungskompetenzen zugewiesen. Zu erwähnen sind hier das Recht, Leitlinien und Entscheidungen zur Ausführung der dem ESZB übertragenen Aufgaben zu erlassen. Der EZB-Rat beschließt ferner die Geschäftsordnung, die Organisation der Europäischen Zentralbank und ihrer Beschlussorgane. Der EZB-Rat besteht aus den sechs Mitgliedern des Direktoriums und den dreizehn Präsidenten der nationalen Zentralbanken der Länder, die den Euro als gemeinsame Währung eingeführt haben. Der EZB-Rat tagt i.d.R. alle vierzehn Tage. Jedes Mitglied des EZB-Rats hat – von einigen finanziellen Fragen abgesehen – gleiches Stimmrecht. Bei Stimmengleichheit, gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

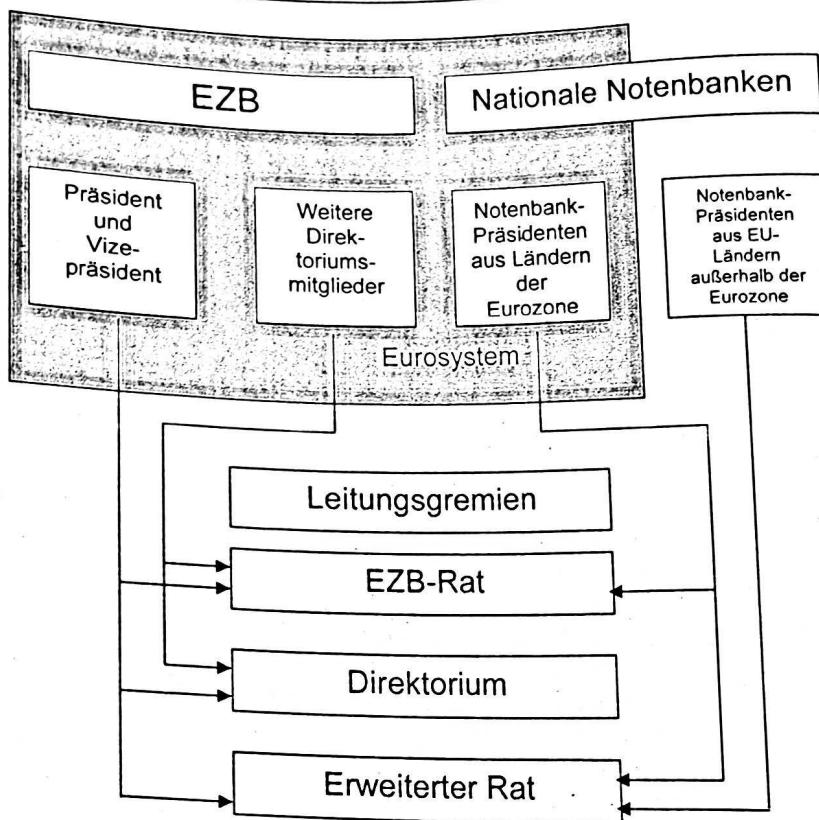
Das Direktorium führt die laufenden Geschäfte der Europäischen Zentralbank und bereitet die Sitzungen des EZB-Rats vor. Es ist ferner für die einheitliche Durchführung der Geldpolitik im Eurosystem gemäß den Leitlinien des EZB-Rats verantwortlich. Dabei soll es die nationalen Notenbanken in Anspruch nehmen. In diesem Zusammenhang kann es diesen Weisungen erteilen. Das Direktorium besteht aus dem Präsidenten der EZB, dem Vizepräsidenten der EZB und vier weiteren Mitgliedern. Sie werden auf Empfehlung des Ministerrats einvernehmlich von den Staats- und Regierungschefs ernannt. Die Direktoriumsmitglieder sollen in Währungs- und Bankfragen anerkannte und erfahrene Persönlichkeiten sein.

Solange nicht alle EU Staaten der Währungsunion angehören, gibt es bei der EZB noch ein Beschlussorgan, den Erweiterten Rat. Er besteht aus dem EZB-Präsidenten und –Vizepräsidenten sowie den Präsidenten aller nationalen Notenbanken der EU (seit Januar 2007 27 EU-Mitgliedsstaaten) und ist das Bindeglied zu den Notenbanken der noch nicht teilnehmenden EU-Länder. Geldpolitische Befugnisse hat er nicht.

Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) und Europäische Zentralbank (EZB)

2. Organe und ihre Aufgaben

ESZB



Artikel 105 EU-
 (1) Das vorrangige Ziels der Preisstat Verwirklichung der Grundsatz einer gefördert wird, und

- (2) die grundlegende - die Geldpolitik der - Devisengeschäfte - die offiziellen Währungen - das reibungslos [...]
- (5) Das ESZB tr über die Kreditinstitute

Artikel 106 EU-
 (1) Die EZB hat Die EZB und die nationalen Banken Zahlungsmittel

- (2) Die Mitglieds Genehmigung Maßnahmen erweitert zu harmonisieren

Damit die EZB (Autonomie)

1. Sie ist eine nationale Bank von den Mitgliedern
2. Sie ist eine EZB welche die Mitgliedsstaaten Amtsenthaltenden vertreten für fünf Jahre
3. Sie ist eine Maßnahmen

Organ	Mitgliederzahl	Aufgaben/Zuständigkeit
Direktorium		
EZB-Rat		
Erweiterter EZB-Rat		

Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) und Europäische Zentralbank (EZB)

3. Aufgaben des ESZB und Unabhängigkeit der EZB

Artikel 105 EU-Vertrag

- (1) Das vorrangige Ziel des ESZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. So weit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft, um zur Verwirklichung der in Artikel 2 festgelegten Ziele der Gemeinschaft beizutragen. Das ESZB handelt im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird, und hält sich dabei an die in Artikel 4 genannten Grundsätze.
- (2) die grundlegenden Aufgaben des ESZB bestehen darin,
- die Geldpolitik der Gemeinschaft festzulegen und auszuführen,
- Devisengeschäfte im Einklang mit Artikel 111 durchzuführen,
- die offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten zu halten und zu verwalten,
- das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern.
[...]
- (5) Das ESZB trägt zur reibungslosen Durchführung der von den zuständigen Behörden auf dem Gebiet der Aufsicht über die Kreditinstitute und der Stabilität des Finanzsystems ergriffenen Maßnahmen bei.

Artikel 106 EU-Vertrag

- (1) Die EZB hat das ausschließliche Recht, die Ausgabe von Banknoten innerhalb der Gemeinschaft zu genehmigen. Die EZB und die nationalen Zentralbanken sind zur Ausgabe von Banknoten berechtigt. Die von der EZB und den nationalen Banknoten ausgegebenen Banknoten sind die einzigen Banknoten, die in der Gemeinschaft als gesetzliches Zahlungsmittel gelten.
- (2) Die Mitgliedstaaten haben das Recht zur Ausgabe von Münzen, wobei der Umfang dieser Ausgabe der Genehmigung durch die EZB bedarf. Der Rat kann nach dem Verfahren des Artikels 252 und nach Anhörung der EZB Maßnahmen erlassen, um die Stückelung und die technischen Merkmale aller für den Umlauf bestimmten Münzen so weit zu harmonisieren, wie dies für deren reibungslosen Umlauf innerhalb der Gemeinschaft erforderlich ist.

Damit die EZB ihre Aufgaben erfüllen kann, ist sie mit einer dreifach gesicherten Unabhängigkeit (Autonomie) ausgestattet:

1. Sie ist institutionell unabhängig. Nach Art. 107 EU-Vertrag darf weder die EZB noch eine nationale Zentralbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane Weisungen von EU-Organen oder von den Regierungen der Mitgliedsstaaten einholen oder entgegennehmen.
2. Sie ist personell unabhängig. Der Präsident und die übrigen geschäftsführenden Direktoren der EZB werden von den Regierungen, vertreten durch die Staats- bzw. Regierungschefs der Mitgliedstaaten, für i.d.R. acht Jahre gewählt. Sie können nicht wiedergewählt werden. Eine Amtsenthebung kann nur durch den europäischen Gerichtshof erfolgen. Die im EZB-Rat vertretenen Präsidenten der nationalen Notenbanken werden für eine Amtszeit von mindestens fünf Jahren berufen.
3. Sie ist operativ unabhängig. Die EZB entscheidet autonom über ihre geldpolitischen Maßnahmen.

Aufgaben der EZB

- >
- >
- >
- >
- >
- >
- >
- >

Formen der Unabhängigkeit

Institutionelle Unabhängigkeit	Personelle Unabhängigkeit	Operative Unabhängigkeit
Laut Art. 107 keine Entgegennahme und Einholung von Weisungen der EU-Organe oder Regierungen der Mitgliedsstaaten	<ul style="list-style-type: none"> - Wahl des Präsidenten durch Regierungen der Mitgliedsstaaten - Amtszeit: 8 Jahre - Keine Wiederwahl - Berufung der Präsidenten der nationalen Notenbanken im EZB-Rat: mind. 5 Jahre 	Autonome Entscheidungen über geldpolitische Maßnahmen

Die unabhängige EZB

PRO	CONTRA

Die Sätze, die in zusammen? Tra

Unabhängige N besser in der La Geldwert zu sic Preisstabilität a ist Voraussetzu

Die institutionelle Unabhängigkeit des Eurosystems

Das vorrangige Ziel des Eurosystems ist die Gewährleistung der Preisstabilität

Die funktionale Unabhängigkeit des Eurosystems

Der EZB-Rat

Der EZB-Rat ist unabhängig von politischen Parteien

Das Direktorium besteht aus fünf Mitgliedern

Das Eurosystem besteht aus der Zentralbank und den Nationalen Notenbanken

Die Europäische Zentralbank ist eine zentrale Bank

... das EZB ... dass das ... für das ... die Unt ... dem P ... der Eu

... weil sie ... dass ... hat ... dem

Übungsaufgabe:

Die Sätze, die in der linken Spalte beginnen, werden unterhalb der Tabelle fortgesetzt. Was gehört zusammen? Tragen Sie die Ergänzungen in die rechte Spalte ein.

Unabhängige Notenbanken sind besser in der Lage den Geldwert zu sichern,
Preisstabilität auf längere Sicht ist Voraussetzung
Die institutionelle Unabhängigkeit des Eurosystems bedeutet,
Das vorrangige Ziel des Eurosystems ist die Gewährleistung der Preisstabilität,
Die funktionale Unabhängigkeit des Eurosystems bedeutet,
Der EZB-Rat besteht aus
Der EZB-Rat trifft die geldpolitischen Entscheidungen,
Das Direktorium der EZB besteht aus
Das Eurosystem besteht aus
Die Europäische Zentralbank

- ... das EZB-Direktorium ist für die Umsetzung der Entscheidungen des EZB-Rats verantwortlich.
- ... dass das Eurosystem für die Wahl seiner Methoden zur Preisstabilität allein verantwortlich ist.
- ... für das Funktionieren der Marktwirtschaft, für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.
- ... die Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik der EU darf dieses Ziel nicht beeinträchtigen.
- ... dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der EZB und vier weiteren Mitgliedern.
- ... der Europäischen Zentralbank und den zwölf nationalen Zentralbanken der Teilnehmerländer.
- ... weil sie nicht den wahlaktischen Überlegungen der Regierungen unterliegen.
- ... dass nationale und europäische Stellen der europäischen Zentralbank keine Weisungen erteilen können.
- ... hat ihren Sitz in Frankfurt am Main.
- ... dem EZB-Direktorium und den zwölf Präsidenten der nationalen Zentralbanken.

Geldschöpfung

1. Geldproduzenten

In einer modernen Volkswirtschaft bieten die Zentralbank und die Geschäftsbanken Geld an. Während die Zentralbank das alleinige Recht hat, Bargeld (Banknoten und Münzen) in Umlauf zu bringen (Bargeldschöpfung), stellen die Geschäftsbanken Buchgeld bereit, indem sie Sichtguthaben auf Bankkonten einräumen (Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken). Das Recht, Münzen zu prägen (Münzregal), liegt in der EU bei den Mitgliedsstaaten. Die EZB übernimmt die geprägten Münzen und schreibt den Mitgliedsstaaten den Gegenwert gut. Da die Kosten der Münzprägung in den meisten Fällen geringer sind als der Nennwert, ergibt sich aus dem Münzregal ein nicht unbeträchtlicher Münzgewinn.

Auszug aus der Satzung des ESZB und der EZB

Art. 16: Banknoten

Die EZB und die nationalen Zentralbanken sind zur Ausgabe von Banknoten berechtigt. Die von der EZB und den nationalen Zentralbanken ausgegebenen Banknoten sind die einzigen Banknoten, die in der Gemeinschaft als gesetzliches Zahlungsmittel gelten.

2. Geldschöpfung der Zentralbank

- Eine Zentralbank schöpft (produziert) Noten- bzw. Buchgeld, indem sie Aktiva (z. B. Gold, Devisen, Wertpapiere) erwirbt oder beleihrt.
- Umgekehrt vernichtet die Zentralbank Geld, wenn sie Aktiva verkauft. Geld wird auch vernichtet, wenn Schuldner der Zentralbank ihre Verbindlichkeiten tilgen.

Möglichkeiten der Geldschöpfung und –vernichtung

a) An- und Verkauf von Wertpapieren

Durch den Ankauf von Wertpapieren (z. B. Schuldverschreibungen von Kreditinstituten, Industrie- und Handelsunternehmen sowie der öffentlichen Hand, Wechsel) schöpft eine Zentralbank Geld, durch den Verkauf vernichtet sie Geld.

Der Kauf bzw. Verkauf von Wertpapieren wird von einer Zentralbank im Rahmen der so genannten Offenmarktpolitik¹ eingesetzt.

b) Ausgabe von Wertpapieren

Verkauft (emittiert) eine Zentralbank eigene Schuldverschreibungen, verringert sie die umlaufende Geldmenge, sie schöpft Liquidität ab. Tilgt sie die Schuldverschreibungen oder kauft sie diese vor Fälligkeit zurück, nimmt die umlaufende Geldmenge zu. Mit anderen Worten: Die Zentralbank stellt mehr Liquidität bereit.

c) Beleihung von Wertpapieren

Eine Zentralbank kann ihren Geschäftspartnern (i.d.R. Kreditinstitute/Geschäftsbanken) verschiedene Kreditmöglichkeiten (Fazilitäten²) gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten anbieten. Sicherheiten sind vor allem Schuldverschreibungen und Aktien, die an die

¹ Der Begriff „offener Markt“ bringt zum Ausdruck, dass die Zentralbank die Wertpapiere nicht direkt vom Emittenten (z. B. dem Staat) übernehmen darf, sondern auf dem Geld- und Kapitalmarkt kaufen bzw. verkaufen muss. Inzwischen wird der Begriff Offenmarktpolitik aber für alle Maßnahmen benutzt, die von der Zentralbank als Offenmarktgeschäfte bezeichnet werden. Es muss sich dabei nicht unbedingt um Käufe und Verkäufe von Wertpapieren am offenen Markt handeln.

² Fazilität (lat./engl.) ist die Möglichkeit, Kredite oder Geldanlagen bei Bedarf in Anspruch nehmen zu können.

Zentralbank verpfändet werden. (Die Verpfändung erfolgt durch Einigung zwischen der Geschäftsbank [= Schuldner] und der Zentralbank [= Gläubiger] darüber, dass dem Gläubiger das Pfandrecht zustehen soll und durch Übergabe des Pfands [z. B. der Wertpapiere]. Eigentümer des Pfands bleibt der Schuldner, Besitzer wird der Gläubiger.)

Durch die Inanspruchnahme von Fazilitäten bei der Zentralbank wird die Geldmenge vermehrt, durch die Tilgung wird sie vermindert.

d) An- und Verkauf von Gold und Devisen

Durch den Ankauf von Gold oder Devisen schöpft eine Zentralbank Geld, durch den Verkauf vernichtet sie Geld.

Eine Zentralbank muss Devisen in Binnenwährung umtauschen, weil die Exporteure des Währungsgebietes die aus den Ausfuhren erlösten Devisen bei den Geschäftsbanken in Binnenwährung (z. B. Euro) eintauschen, um ihre Verpflichtungen (z. B. Lohnzahlungen, Steuerzahlungen, Liefererrechnungen) in der Binnenwährung erfüllen können. Die Geschäftsbanken refinanzieren sich bei der Zentralbank. Wird in Binnenwährung fakturiert, ergibt sich letztlich der gleiche Effekt: Die gebietsfremden Importeure tauschen ihre Devisen (z. B. USD) in Binnenwährung um (z. B. Euro), um ihre Rechnungen begleichen zu können.

Der umgekehrte Vorgang ergibt sich, wenn Waren in das eigene Währungsgebiet eingeführt (importiert) werden. In diesem Fall brauchen die Importeure Devisen, die sie sich bei den Kreditinstituten beschaffen. Diese wiederum kaufen die erforderlichen Devisen bei der Zentralbank. Wird in Binnenwährung (z. B. Euro) fakturiert, tauschen die gebietsfremden Exporteure ihre Erlöse in die ausländische Währung (z. B. USD) um, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können.

Beispiel: Die Bilanz einer Zentralbank weist auf der Aktivseite ihr Vermögen und auf der Passivseite den Banknotenumlauf, das Eigenkapital (Grundkapital und Rücklagen) sowie ihre Schulden (Verbindlichkeiten) aus.

Aktiva	Vereinfachte Bilanz einer Zentralbank (in Mrd. GE)	Passiva
Gold	14	Banknotenumlauf
Devisen und sonstige Währungsreserven	115	Einlagenfazilitäten
Fazilitäten	62	Grundkapital und sonstige Rücklagen
Wertpapiere	150	Sonstige Passiva
Sonstige Aktiva	9	
	350	350

Arbeitsauftrag:

1. Welche Geldproduzenten sind zu unterscheiden?
2. Markieren Sie im Text wesentliche Aussagen zur Geldschöpfung bzw. Geldvernichtung durch eine Zentralbank!

Geldschöpfung und -vernichtung (Offenmarktgeschäfte) durch die Zentralbank

Prinzip:

Möglichkeiten:

- *
- *
- *
- *

Zentralbankgeldschöpfung

Eine Zentralbank schöpft (produziert) Noten- bzw. Buchgeld, indem sie

- * Aktiva (z. B. Gold, Devisen, Wertpapiere) erwirbt oder
- * Kredite gewährt
- * Zentralbankgeld kommt in den Wirtschaftskreislauf

Zentralbankgeldvernichtung

Die Zentralbank vernichtet Geld, wenn

- * sie Aktiva verkauft
- * Schuldner der Zentralbank (i.d.R. Kreditinstitute) ihre Verbindlichkeiten tilgen
- * Zentralbankgeld wird dem Kreislauf entzogen.

Bsp.:

Vorgang der Geldschöpfung und –vernichtung durch eine Zentralbank

Der Vorgang der Geldschöpfung einer Zentralbank wird im Folgenden anhand stark vereinfachter Geschäftsfälle und Buchungen dargestellt. Die Vereinfachung besteht vor allem darin, dass die Gutschriften der Zentralbank unmittelbar in Banknoten abgerufen werden.

Beispiel 1:

Eine neu gegründete Zentralbank kauft Gold im Wert von 2,8 Mrd. GE. (Buchung: Konto Gold an Konto Notenumlauf 2,8 Mrd. GE.)

Aktiva	Zentralbankbilanz	Passiva

Beispiel 2:

Die Zentralbank kauft Devisen im Wert von 3 Mrd. GE, die aus Exporterlösen der Unternehmen stammen (Buchung: Konto Devisen an Konto Notenumlauf 3 Mrd. GE.)

Aktiva	Zentralbankbilanz	Passiva

Beispiel 3:

Die Zentralbank kauft Wertpapiere im Wert von 4 Mrd. GE. (Buchung: Konto Wertpapiere an Konto Notenumlauf 4 Mrd. GE.)

Aktiva	Zentralbankbilanz	Passiva

Beispiel 4:

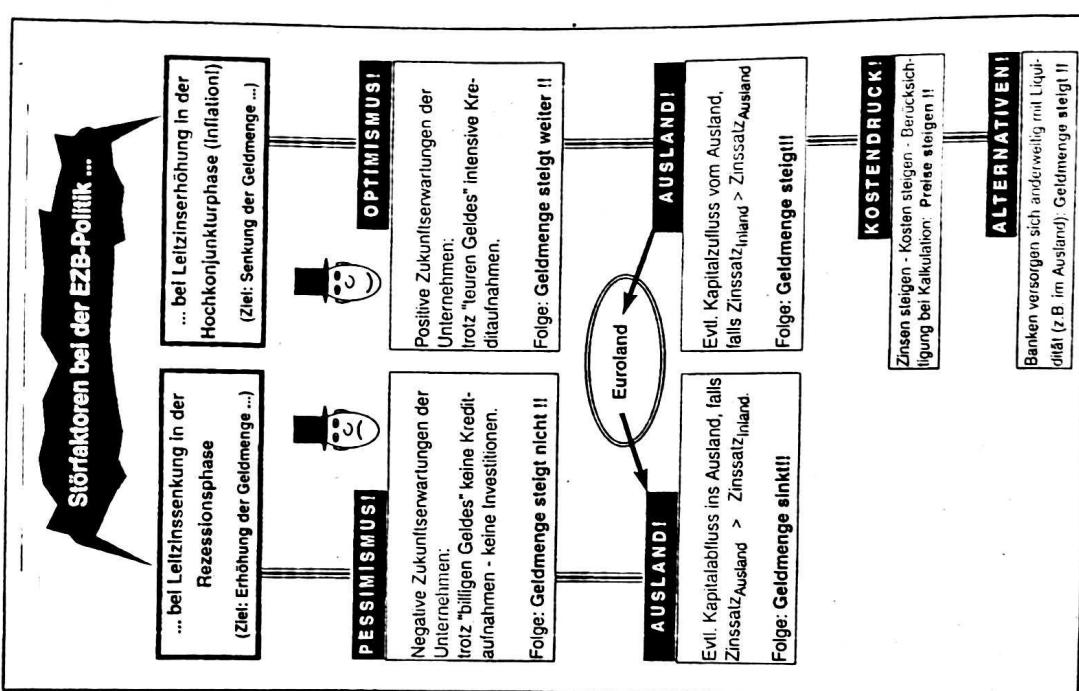
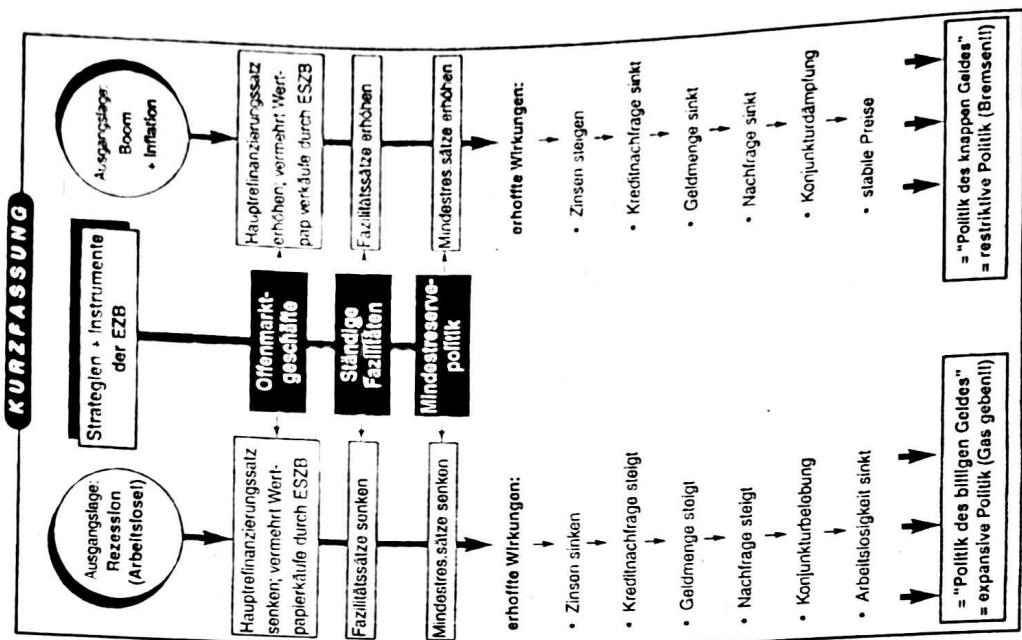
Die Zentralbank verkauft Wertpapiere im Wert von 0,7 Mrd. GE. (Buchung: Konto Notenumlauf an Konto Wertpapiere 0,7 Mrd. GE.)

Aktiva	Zentralbankbilanz	Passiva

Beispiel 5:

Die Notenbank belehnt Wertpapiere im Wert von 1,5 Mrd. GE. (Buchung: Konto Forderungen an Konto Notenumlauf 1,5 Mrd. GE.)

Aktiva	Zentralbankbilanz	Passiva





Die Deutsche Bundesbank



I) „Geldpolitische Autonomie der Bundesregierung“

II) Bundesbank als Integraler Bestandteil der EZB

III) Aufbau und der Leitungsorgane der Bundesbank

Hauptsitz in Frankfurt a. Main

(Vorschlagsrecht der Bundesregierung)

(Vorschlagsrecht des Bundesrates)

9 Hauptverwaltungen



Jeweils weitere Unterfilialen und Betriebsstellen

IV) Aufgaben der Bundesbank

-
-
-
-
-



-
-
-
-

V) Bundesbank und Bundesregierung

-
-
-
-

